

Mensch & Politik

Dr. Silke Launert



LESEN SIE AKTUELLES AUS BERLIN UND DER REGION BAYREUTH/FORCHHEIM

Ausgabe KW 45/24

Silke Launert als Bayreuther Bundestagsabgeordnete wieder nominiert

Bayreuth. Mit einem eindeutigen Ergebnis von 100% Zustimmung wurde die aktuelle Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert erneut als Unions-Kandidatin für die Bundestagswahl nominiert. Bei der gemeinsamen Delegiertenversammlung der CSU-Bayreuth Mitte Oktober stimmten die Delegierten über ihre Kandidatin für den Bundestagswahlkampf ab. Dabei kann sich Silke Launert ganz auf ihre Unterstützung verlassen. Die Delegierten machten eindeutig klar, wen sie in Zukunft weiter als ihre Bundestagsabgeordnete haben möchten. In ihrer Bewerbungsrede betonte Launert die Herausforderungen, vor denen die Region steht und kündigte an, sich weiterhin intensiv für die Belange der Bürgerinnen und Bürger einzusetzen. „Gemeinsam werden wir kämpfen und sicherstellen, dass die Anliegen der Menschen in Berlin Gehör finden“, erklärte sie. Die aktuelle Bundesregierung scheint den Problemen dieser Zeit nicht gewachsen zu sein. „Politik bedeutet Verantwortung, auch wenn es darum geht, ehrlich zu kommunizieren, was möglich ist und was nicht. Es ist wichtig, in finanzieller Hinsicht Prioritäten zu setzen. Vor dem Hintergrund des christlichen Menschenbildes stehe ich fest zum Sozialstaat und das bedeutet eine angemessene ärztliche und therapeutische Versorgung im ländlichen Raum. Zudem muss die Kinderbetreuung gestärkt werden, um Familien besser zu unterstützen. Es braucht notwendige Reformen im Bürgergeld, um die Akzeptanz angesichts des demografischen Wandels zu erhalten. Die Herausforderungen in der Pflege sowie bei der Kranken- und Rentenversicherung erforderten dringend Lösungen.“ Mit einem klaren Fokus auf die Anliegen der Region geht Launert nun in den Wahlkampf und strebt an, auch in Zukunft eine starke Stimme für Bayreuth im Bundestag zu sein.



BERICHT AUS BERLIN

Die Ampel-Koalition ist gescheitert – Silke Launert: Neuwahlen dürfen nicht verzögert werden!

Berlin. Das Aus der Ampel-Koalition ist beschlossene Sache. Die Koalition aus SPD, Grünen und FDP ist gescheitert. Für die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Silke Launert ist klar: **Neuwahlen dürfen keinesfalls hinausgezögert werden. Der Kanzler muss die Vertrauensfrage stellen und zwar sofort!**

„Das meiner Meinung nach schon länger vorbereitete und direkt versandte Statement von Olaf Scholz zeigt deutlich: Er hat offenbar auch hier wieder nach seinem bekannten Schema gehandelt“, so Launert noch am Tag der Entlassung von Finanzminister Lindner durch den Bundeskanzler. Scholz habe erneut strategisch abgewogen, wie er selbst am meisten profitieren könne, bevor er zur Täuschung und Schuldzuweisung gegriffen habe. **„Erst abwägen, was ihm selbst am meisten nützt, dann tricksen, täuschen und tarnen – und am Ende anderen die Schuld in die Schuhe schieben“**, führt Launert weiter aus. Für sie sei es unvorstellbar, wie Scholz glauben könne, dass die Öffentlichkeit und politische Partner seine Strategie nicht durchschauen würden. Diese Form des Machtspiels und der medialen Inszenierung führe zu einem klaren Vertrauensverlust: **„Zu so jemandem kann ich kein Vertrauen haben und die Union sollte das ebenfalls nicht.“**

Die Bayreuther Abgeordnete verweist zudem auf die erheblichen Haushaltsdefizite und offensichtlichen Fehlplanungen der Ampel-Koalition, die in den letzten Monaten immer wieder Schlagzeilen gemacht haben. Vor diesem Hintergrund könne niemand wissen, was am Ende noch alles auftauchen werde. In ihren Augen sind die finanziellen Missstände und die unkalkulierbaren Risiken der Ampel längst zu einer ernsthaften Belastung für das Land geworden. Die Union solle den vorgelegten Haushalt weder absegnen noch mitverantworten, erklärt Launert entschlossen.

Stattdessen fordert die CSU-Abgeordnete sofortige Neuwahlen und eine konsequente Aufarbeitung der Fehler der Ampel-Regierung. **„Deutschland braucht gerade in diesen Zeiten eine starke und handlungsfähige Regierung, die sich ihrer Verantwortung für dieses Land und seine Bürgerinnen und Bürger bewusst ist.“**



BERICHT AUS BERLIN

„Sicherheitspaket“ der Ampel-Koalition – Silke Launert: „Nichts anderes als ein Etikettenschwindel“

Berlin. Die Ankündigungen der Ampel-Koalition waren groß: Nichts weniger als Deutschland sicherer machen und die Bevölkerung effektiv vor Terrorismus schützen sollte das sogenannte „Sicherheitspaket“ von SPD, Grüne und FDP. Mitte Oktober war es dann endlich soweit und die Ampel hat ihr Gesetzesvorhaben durch den Bundestag gebracht. Doch es hagelt massive Kritik – von Experten, ganz besonders aber auch vonseiten der Union. Die Bayreuther Bundestagsabgeordnete und Innenpolitikerin Dr. Silke Launert macht keinen Hehl aus ihrer Enttäuschung:

Das sogenannte „Sicherheitspaket“ der Ampel ist nichts anderes als ein Etikettenschwindel“, erklärt die CSU-Abgeordnete. Schon die Ursprungsfassung sei aus ihrer Sicht mangelhaft gewesen. Doch nun sei das ohnehin schwache Konzept weiter verwässert worden. **„Selbst das Wenige, was ursprünglich enthalten war, ist nun so gut wie verschwunden“**, so Launert. Auch der Deutsche Richterbund schloss sich der Kritik an: „Die Ampelparteien wollen das zu klein geratene Sicherheitspaket der Bundesregierung noch weiter zu einem Mini-Päckchen schrumpfen.“

Datenschutz statt Sicherheit

Ein wesentlicher Kritikpunkt der Union betrifft die zusätzlichen Hürden, die im Bereich des biometrischen Datenabgleichs eingeführt wurden. Dieser soll nach dem Willen der Ampel künftig nicht mehr bei schweren Straftaten, sondern nur noch bei „besonders schweren Straftaten“ angewendet werden. „Das bedeutet, dass die Regelung für weniger Fälle und somit auch für weniger Täter greift“, erklärt Launert.

„Leistungsausschluss“ ohne Wirkung

Besonders ineffektiv sei laut Launert die neue Regelung zum Ausschluss von Sozialleistungen für Dublin-Fälle. Diese Kürzungen sollten ursprünglich ein starkes Signal gegen illegale Migration setzen. Doch nun will die Ampel, dass dieser Ausschluss nur noch dann greift, wenn die Ausreise rechtlich und tatsächlich möglich ist – und das muss das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erst ausdrücklich feststellen. **„Das bedeutet, dass das BAMF mit zusätzlichen bürokratischen Aufgaben überlastet wird, ohne dass die Kürzung in der Realität eine wirkliche Wirkung entfalten wird“**, kritisiert Launert.

Waffenrecht: Symptom- statt Ursachenbekämpfung

Auch die geplanten Verschärfungen im Waffenrecht sieht Launert kritisch. Diese lenkten von den eigentlichen Problemen ab, da sie die Tatmittel statt der Täter ins Visier nehmen. **„Attentate wie in Solingen lassen sich nicht verhindern, indem man auf die Waffen schaut, anstatt auf die Menschen, die diese nutzen“**, führt die Abgeordnete aus. Zum Hintergrund: Die Neuregelung sieht eine Ausweitung von Messerverboten im öffentlichen Raum vor. Bei Volksfesten und anderen öffentlichen Veranstaltungen, sowie an „kriminalitätsbelasteten Orten“ und im öffentlichen Personennahverkehr wie auch Haltestellen gilt künftig ein absolutes Messerverbot. Verboten sind auch Springmesser, unabhängig von der Klingenlänge. Ausgenommen von dem Verbot auf öffentlichen Veranstaltungen sind jedoch Berufe, bei denen Messer notwendig sind, wie der Gastronomie oder bei Schaustellern auf Messen, Märkten und Ausstellungen. Ausgenommen sind ferner der Anlieferverkehr, Rettungs- und Einsatzkräfte im Zivil- und Katastrophenschutz im Zusammenhang mit der Tätigkeit sowie Mitwirkende an Foto-, Film- oder Fernsehaufnahmen oder Theateraufführungen, wenn zu diesem Zweck Messer geführt werden. Personen, die ein Messer nicht zugriffsbereit von einem Ort zum anderen befördern, verstoßen ebenfalls nicht gegen das Verbot. Durch diese Ausnahme kann das Messerverbot faktisch ausgehebelt werden z.B., wenn ein Attentäter ein Messer in einer Schachtel im Rucksack mit sich führt.

Fehlende Maßnahmen zur Terrorabwehr: IP-Adressen-Speicherung

Für Launert ist besonders unverständlich, warum die Ampel eine der wirkungsvollsten Maßnahmen – die Speicherung von IP-Adressen – ablehnt. „Gerade diese Maßnahme würde einen entscheidenden Beitrag zur Terrorismusabwehr leisten“, so Launert. Stattdessen blockiere die Koalition genau dort, wo ein echter Sicherheitsgewinn möglich wäre.

BERICHT AUS BERLIN

Union fordert ein umfassendes Sicherheitspaket

Angesichts der Schwächen des Ampel-Entwurfs setzt die Union auf eigene Lösungen. „Mit unserem Antrag ‚Ein umfassendes Sicherheitspaket jetzt beschließen‘ fordern wir als Union die zügige Umsetzung eines starken und wirksamen Sicherheitspakets“, so Launert. Dieses Paket umfasse unter anderem die **Speicherung von IP-Adressen** und den **Einsatz von Gesichtserkennung**, beides unverzichtbare Maßnahmen zur Bekämpfung schwerer Kriminalität und Terrorismus. Darüber hinaus erneuert die Union ihre Forderung, die massenhafte illegale Migration und die daraus resultierenden Probleme endlich wirksam anzugehen. **„Wir fordern umfassende Zurückweisungen auch von Asylsuchenden an den Grenzen zu unseren europäischen Nachbarstaaten“**, bekräftigt Launert abschließend.

Teil-Stopp des Pakets im Bundesrat

Immerhin ein Teil des Ampel-Pakets konnte im Bundesrat schließlich noch gestoppt werden: Die zusätzlichen Hürden, die im Bereich des biometrischen Datenabgleichs eingeführt werden sollten, kommen erst einmal nicht. Bundestag und Bundesregierung könnten zur Rettung des abgelehnten Teils aber noch eine Einigung im Vermittlungsausschuss erzielen.

Hinweis: Die Anträge der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu diesem Thema können unter den nachfolgenden Links abgerufen werden:

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/134/2013415.pdf>

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/134/2013416.pdf>

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/134/2013417.pdf>

Steuerentlastungen beschlossen - Anhebung des Grundfreibetrages und Kinderfreibetrages

Berlin. Gute Nachrichten für alle Steuerzahler: Der Bundestag hat mit einem neuen Gesetzespaket Entlastungen bei der Einkommensteuer beschlossen. Der sogenannte Grundfreibetrag, also jener Einkommensanteil, der steuerfrei bleibt, wird rückwirkend zum Beginn des Jahres 2024 erhöht. Darüber hinaus wird der Kinderfreibetrag angehoben.

Konkret vorgesehen ist eine **Erhöhung des Grundfreibetrags um 180 Euro auf 11.784 Euro**. Hierdurch steigt das sogenannte „Netto vom Brutto“, sodass mehr Geld im Portemonnaie der Bürgerinnen und Bürger ankommt. Der **Kinderfreibetrag wird um 228 Euro auf 6.612 Euro** angehoben. Die Entlastung wird rückwirkend für das gesamte Jahr 2024 in den Lohn- und Gehaltsabrechnungen umgesetzt. Dr. Silke Launert, Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Bayreuth und CSU-Haushaltspolitikerin, begrüßt die Änderung und betont: „Es ist wichtig und richtig, dass die FDP sich an dieser Stelle durchgesetzt hat.“



BERICHT AUS BERLIN

Gespräche zur Asylpolitik zwischen der Union und der Ampel-Koalition gescheitert – Silke Launert: „Ohne Zurückweisungen an den deutschen EU-Binnengrenzen wird die massenhafte illegale Einreise nicht gestoppt werden können.“

Berlin. Die Union hat die Verhandlungen mit der Bundesregierung über eine Reform der Asyl- und Migrationspolitik, die Mitte September stattfanden, als gescheitert bezeichnet. Wie der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Thorsten Frei, im Anschluss an die Gespräche mitteilte, seien die Vertreter von CDU und CSU sowie der Ampel-Koalition „zu keinem gemeinsamen Ergebnis“ gekommen. Die Bayreuther Bundestagsabgeordnete und Innenpolitikerin Silke Launert fand klare Worte zur aktuellen Lage und den Vorschlägen der Bundesregierung.



„Zurückweisungen an den deutschen Grenzen wird es mit dieser Koalition nicht geben. Das hat der gestrige Tag noch einmal sehr eindrücklich gezeigt“, erklärte Launert. Das, was Bundeskanzler Scholz und seine Regierung als sogenannte „massive Kehrtwende“ in der Asylpolitik betiteln würden, sei nichts anderes als eine weitere Runde im realitätsfernen Chaos-Karussell der Ampel und eine Total-Verweigerung, die Stimmung im Land und die Wirklichkeit anzuerkennen. Die Innenpolitikerin der Union macht deutlich, dass ihrer Ansicht nach die aktuellen Vorschläge der Ampel-Regierung das gescheiterte System nur fortsetzen würden. Dadurch würden illegale Einreisen nach Deutschland nicht unterbunden. „Was es jetzt braucht, sind konsequente Maßnahmen und kein halbherziges Herumlavieren. Davon haben die Menschen in diesem Land genug!“, so Launert.

Als eine der zentralen Maßnahmen, um die irreguläre Migration zu begrenzen, forderte die CSU-Politikerin klare Schritte an den deutschen EU-Binnengrenzen. **Ohne Zurückweisungen dort werde eine „echte Wende“ in der Asyl- und Migrationspolitik nicht erreicht werden können.** Die Bundestagsabgeordnete betonte, dass die Union auf einen umfassenden Ansatz setze, der neben der Grenzsicherung auch weitere Maßnahmen vorsehe. Zu diesen zählen unter anderem

- die **Einstellung des Bundesaufnahmeprogramms für Afghanistan,**
- die **schnelle Beendigung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte,**
- die **Wiedereinführung des Ziels der Migrationsbegrenzung im Aufenthaltsgesetz** sowie
- die **Ausweitung der Befugnisse der Bundespolizei**

Die Bundespolizei müsse in der Lage sein, **ausreisepflichtige Straftäter und Gefährder in einen zeitlich unbegrenzten Ausreisearrest zu nehmen,** bis eine freiwillige Ausreise oder eine zwangsweise Abschiebung durchgeführt werden könne, fordert Launert.

BERICHT AUS BERLIN

Begrenzung des illegalen Zustroms von Drittstaatsangehörigen nach Deutschland – Union legt eigenen Gesetzentwurf vor

Berlin. Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung Ende letzten Jahres hat die Ampel-Koalition einen grundlegenden Wandel in der Zuwanderungspolitik vollzogen. Bisher formulierte § 1 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) das Ziel der „Steuerung **und Begrenzung** des Zuzugs von Ausländern“. Dieser Passus betonte, dass die Zuwanderung in kontrollierten Bahnen verlaufen sollte, auch wenn keine konkreten Zuzugszahlen vorgegeben waren. **Mit der Streichung des Begriffs „Begrenzung“ aus dem Gesetz ist eine restriktive Handhabung der Zuwanderungssteuerung nun jedoch gefährdet.** Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion kritisiert diese Änderung scharf und sieht die Gefahr, dass sowohl Ausländerbehörden als auch Verwaltungsgerichte das Ziel einer begrenzten Einwanderung zunehmend außer Acht lassen könnten.



Forderung der CDU/CSU: Rückkehr zur Begrenzung der Zuwanderung

Die Union setzt sich daher dafür ein, dass die gestrichenen Worte „und Begrenzung“ wieder in § 1 AufenthG aufgenommen werden. Dies soll sicherstellen, dass die Zuwanderung auch zukünftig einer klaren Steuerung und Begrenzung unterliegt.

Aussetzung des Familiennachzugs bei subsidiärem Schutz

Angesichts der Aufnahme von über 1,8 Millionen Asylbewerbern einschließlich der Geflüchteten aus der Ukraine seit Anfang 2022 weist die Union auf die begrenzten Integrationskapazitäten Deutschlands hin. CDU und CSU fordern daher, den Familiennachzug für Personen mit subsidiärem Schutzstatus bis auf Weiteres auszusetzen.

Stärkung der Bundespolizei zur Durchsetzung der Ausreisepflicht

Ein weiteres zentrales Anliegen von CDU und CSU betrifft die Rolle der Bundespolizei bei der Durchsetzung von Aufenthaltsbeendigungen. Aktuell ist die Bundespolizei außerhalb ihrer Funktion als Grenzbehörde nicht befugt, eigenständig aufenthaltsbeendende Maßnahmen durchzuführen. Dies führt in der Praxis oft dazu, dass unerlaubt aufhältige Personen, die an Bahnhöfen oder anderen öffentlichen Orten von der Bundespolizei festgestellt werden, dort in der Regel lediglich eine Anlaufbescheinigung zur nächsten Erstaufnahmestelle ausgehändigt bekommen und im Ergebnis – trotz bestehender Ausschreibung zur Festnahme wegen Ausweisung bzw. Abschiebung – auf freiem Fuß bleiben.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert deshalb, der Bundespolizei in ihrem örtlichen Zuständigkeitsbereich – insbesondere an Bahnhöfen – eigene Kompetenzen für aufenthaltsbeendende Maßnahmen zu übertragen. Diese Befugnisse sollen Drittstaatsangehörige ohne Duldung sowie Personen mit Duldung wegen fehlender Reisedokumente umfassen. Die Union plädiert außerdem dafür, dass die Bundespolizei Maßnahmen wie die Beantragung von Haft oder Gewahrsam zur Sicherstellung von Abschiebungen durchführen kann.

BERICHT AUS BERLIN

CDU/CSU kritisiert Wirtschaftspolitik der Ampel: Deutschland droht Standortverlust

Berlin. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat scharfe Kritik an der Wirtschaftspolitik der Ampel-Regierung geübt und warnt vor gravierenden Folgen für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Während der Bundeswirtschaftsminister die anhaltende Wirtschaftskrise als unerwartet hartnäckig bezeichnet, sieht die Union die **Probleme als hausgemacht und lange absehbar** an. Unternehmen hätten seit langem Alarm geschlagen und gewarnt, dass die Bedingungen in Deutschland sich immer weiter verschlechtern würden.

Die Konsequenzen der verfehlten Politik sind mittlerweile unübersehbar: **Selbst große und stabile Unternehmen müssen ihre Produktion drosseln, der Außenhandel stagniert, die Zahl der Insolvenzen steigt alarmierend an** und führende Wirtschaftsinstitute rechnen mit einem Absinken des Bruttoinlandproduktes um 0,1 Prozent in diesem Jahr. Aufgrund der Tatsache, dass die **Bundesregierung es versäumt habe, rechtzeitig zu handeln**, würden jetzt Investitionen ins Ausland fließen, Arbeitskräfte und Aufträge fehlen, führt die Union aus.

Besonders kritisieren CDU und CSU, dass notwendige Reformen und Entlastungen verschleppt oder vertagt wurden. So sei ein dringend benötigtes Sofortprogramm für die Wirtschaft bisher nicht umgesetzt worden, während zugleich die Attraktivität des Bürgergeldes Arbeitsanreize untergrabe und wichtige Reformen, wie eine Modernisierung der Unternehmensbesteuerung, auf sich warten ließen.

Die CDU/CSU fordert jetzt schnelle und gezielte Maßnahmen, um den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stabilisieren und wieder wettbewerbsfähig zu machen. Zu den wichtigsten Forderungen gehören:

1. **Begrenzung der Sozialabgaben** auf 40 Prozent des Bruttoarbeitslohns, um die Arbeitskosten wettbewerbsfähiger zu gestalten.
2. **Steuerliche Begünstigung von Überstunden** für Vollzeitbeschäftigte.
3. **Steuerbefreiung der ersten 2.000 Euro Arbeitseinkommen im Monat für Rentner**, um ihre Erwerbstätigkeit attraktiver zu machen.
4. **Strengere Sanktionen für Bürgergeldbezieher**, die Arbeitsangebote verweigern.
5. **Steuerliche Entlastungen für Unternehmen**, insbesondere eine schrittweise Senkung der Steuern auf thesaurierte Gewinne auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau von 25 Prozent.
6. **Senkung der Stromsteuer auf das europäische Minimum** (0,05 Cent/kWh) und eine schnelle Halbierung der Netzentgelte.
7. **Rücknahme der geplanten Steuererhöhungen für Landwirte**
8. **Einsatz auf EU-Ebene gegen die „Europäische Lieferkettenrichtlinie“** und eine Überarbeitung des deutschen Lieferkettengesetzes.
9. **Ein Belastungsmoratorium** bis Ende 2025, das jegliche zusätzliche Bürokratie für Wirtschaft und Bürger verhindert.

Dr. Silke Launert: „Die Ampel kann es einfach nicht. Anstatt dafür zu sorgen, dass der Wirtschaftsstandort Deutschland keinen Schaden nimmt, schaut sie dem Niedergang einfach weiterhin tatenlos zu bzw. löst durch kurzfristige Hauruck-Entscheidungen Planungsunsicherheit aus. Was es jetzt braucht, sind konkrete langfristig angelegte Reformen, um das Vertrauen in den Standort Deutschland wiederherzustellen und eine nachhaltige Erholung zu ermöglichen. Andernfalls wird unser Land die Hartnäckigkeit der Krise noch lange und sehr schmerzhaft zu spüren bekommen.“

BERICHT AUS BERLIN

Krankenhausreform der Ampel: Ein riskanter Weg für die Zukunft der Gesundheitsversorgung

Berlin. Mit den Stimmen der Ampel-Fraktionen hat der Deutsche Bundestag das Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG) verabschiedet. Die Reform, die laut Regierungskoalition die Gesundheitsversorgung in Deutschland verbessern soll, stößt jedoch auf erhebliche Kritik – insbesondere auf Seiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Silke Launert, Bundestagsabgeordnete aus Bayreuth, hat sich hierzu klar positioniert und die Pläne der Ampelkoalition als "riskanten Blindflug" bezeichnet. Bei der Klausurtagung vom Klinikum Bayreuth diskutierte sie bereits über die Auswirkungen auf die oberfränkische Krankenhauslandschaft und positionierte sich eindeutig.

In ihrer Stellungnahme erklärt Launert, dass die Reform nicht ausreichend durchdacht sei: **„Kein Abgeordneter, der diesem Gesetz zugestimmt hat, kann genau sagen, welche konkreten Folgen die Maßnahmen für die Krankenhäuser haben werden.“** Ein zentraler Kritikpunkt ist die mangelnde Einbindung der 16 Bundesländer und Kommunen, obwohl laut Grundgesetz die Länder für die Krankenhausplanung verantwortlich sind. **„Die Ampel hat wichtige Partner im Planungsprozess ignoriert und damit am eigentlichen Bedarf vorbei entschieden.“**

Fehlende Transparenz und mangelhafte Folgenabschätzung

CDU und CSU kritisieren scharf, dass entscheidende Informationen zur Analyse der Auswirkungen der Reform der Opposition absichtlich vorenthalten wurden. „Ein solches Vorgehen gegenüber dem Parlament und den Ländern ist vollkommen inakzeptabel.“ Auch die langfristigen Auswirkungen der Reform bereiten der Union Sorgen. Die finanziellen Entlastungen, die das Gesetz bringen soll, werden erst ab 2027 spürbar sein. Bis dahin, so befürchtet die Union, könnten viele Kliniken in die Insolvenz geraten. Um diese kritische Phase zu überbrücken, hatte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein Vorschaltgesetz gefordert – eine Übergangsregelung, die Klinikinsolvenzen verhindern könnte. Dieser Vorschlag wurde jedoch von den Ampel-Fraktionen abgelehnt.

Finanzierung auf dem Rücken der Beitragszahler

Ein weiteres Problem der Reform ist die finanzielle Belastung, die auf Länder und Beitragszahler zukommen werden. Die Kosten sollen die Bundesländer und die Krankenkassen jeweils zur Hälfte tragen. „Diese Kostenverteilung geht zulasten der Kassen und damit direkt der Versicherten“, betont Launert.

Starre Regelungen ohne Rücksicht auf regionale Besonderheiten

Ein weiterer Schwachpunkt der Reform ist die mangelnde Flexibilität bei den festgelegten Leistungen und Qualitätsstandards. Die bundesweit starren Vorgaben berücksichtigen regionale Unterschiede zu wenig, was gerade in ländlichen oder strukturschwachen Regionen Probleme bereiten könnte.

Bürokratie statt Patientenversorgung

Schließlich kritisiert die Union auch die zunehmende Bürokratisierung durch die Reform. Neue Anforderungen würden unnötigen Mehraufwand für das ohnehin stark belastete medizinische Personal schaffen. **„Diese Reform führt zu mehr Bürokratie und verringert die Zeit, die für die Patientenversorgung zur Verfügung steht“**, so Launert abschließend.

BERICHT AUS BERLIN

Wachsende finanzielle Belastungen durch den Corona-Wiederaufbaufonds: Ein Weckruf des Bundesrechnungshofes

Berlin. Die milliardenschweren Hilfsprogramme der EU und des Bundes, die zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie ab 2020 ins Leben gerufen wurden, werfen ernste finanzielle Fragen auf. So warnt der Bundesrechnungshof in einem aktuellen Bericht eindringlich vor den langfristigen Belastungen, die durch die Tilgung und die steigenden Zinsverpflichtungen aus dem EU-Wiederaufbaufonds „NextGenerationEU“ entstehen werden. Deutschland steht vor der Herausforderung, über Jahrzehnte hinweg jährlich Milliardenbeträge aufzubringen, die den Bundeshaushalt schwer belasten werden.

Dr. Silke Launert (CSU), Vorsitzende des Unterausschusses für Fragen der Europäischen Union (Unterausschuss des Haushaltsausschusses), hat hierzu in der Tageszeitung DIE WELT klar Stellung bezogen:

„Das Beispiel des Corona-Wiederaufbaufonds der EU zeigt, es ist schön, schnell viel auf Kredit zu versprechen, es holen einen aber die Zinsentwicklung und vor allem auch die Tilgungslast ein. Letztlich ist es ein Verschieben und Forcieren der finanziellen Probleme in die Zukunft.“

Die Einschätzung des Bundesrechnungshofs bringt eine Reihe von kritischen Punkten ans Licht: Da sich der EU-Haushalt aus den Beiträgen der Mitgliedsstaaten finanziert, sind es letztlich die EU-Mitgliedstaaten, welche die zusätzlichen Kosten tragen müssen. Deutschland allein wird für die Tilgung jährlich zwischen 4,6 und sechs Milliarden Euro aufbringen müssen, und dies über einen Zeitraum von 30 Jahren. Eine zügige Rückzahlung könnte die Zinslast verringern, doch sowohl im Europaparlament als auch in der deutschen Ampel-Koalition spricht man sich für eine gestreckte Rückzahlung aus, welche die finanzielle Belastung über mehrere Jahrzehnte verteilt. **„Diese „Schönheitskorrektur“ mag zwar gut für die Ampel sein, aber die Bürgerinnen und Bürger werden am Ende einen hohen Preis dafür zahlen: Denn zunächst wird durch diesen Winkelzug zwar die aktuelle Haushaltslage entlastet, im Ergebnis aber werden die Gesamtkosten in die Höhe getrieben. Von verantwortungsvoller und generationengerechter Politik kann da keine Rede sein!“**, so Launert abschließend.



BERICHT AUS BERLIN

Erste Lesung Bundeshaushalt 2025 – Dr. Silke Launert: „Nicht der geringste Reformwille erkennbar!“

Berlin. In der ersten Sitzungswoche nach der parlamentarischen Sommerpause hat der Deutsche Bundestag in erster Lesung über den Bundeshaushalt 2025 debattiert. Die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert, die als Berichterstatterin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für den Etat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zuständig ist, äußert deutliche Kritik an den Haushaltsplänen der Ampel-Regierung.

„Das, was uns die Ampel-Regierung hier präsentiert, ist nichts anderes als ein Haushalt des „Weiter so.“ Ein Haushalt, der nicht den geringsten echten Reformwillen erkennen lässt!“, so die klare Aussage der CSU-Abgeordneten. Trotz mehrfacher Fehleinschätzungen bei den Ausgaben für das Bürgergeld und Nachjustierungen in der Vergangenheit, hoffe die Ampel weiter jenseits jeglicher realistischen Grundlage auf ein Jobwunder und plane für das Jahr 2025 weniger Mittel ein als im Jahr 2024. Im Jahr 2024 verliefen sich die Zahlen für das Bürgergeld auf 29,7 Milliarden Euro, während es für das Jahr 2025 auf 25 Milliarden Euro verlaufen soll. Damit rechnet die Regierung 5 Milliarden Euro im Vergleich zum vergangenen Jahr ab. Trotz mehrerer Nachfragen vonseiten der Bundestagsabgeordneten Dr. Silke Launert konnte die Regierung nicht erklären, wie plötzlich weniger Ausgaben für das Bürgergeld zustande kommen. Besonders problematisch sei zudem der geplante Einschnitt von 10 Prozent bei den Eingliederungsleistungen. Diese Kürzungen betreffen ausgerechnet den Bereich, der Menschen wieder in Arbeit bringen soll – ein **klares Signal der falschen Prioritätensetzung**, so Launert.

Zudem kritisiert die Abgeordnete die drastischen Kürzungen beim zusätzlichen Zuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung. Bereits in den letzten Jahren seien 6,8 Milliarden Euro seit 2022 eingespart worden, nun sollen weitere zwei Milliarden Euro wegfallen. **„Ausgerechnet in den Jahren, in denen die Babyboomer in Rente gehen und damit die Rentenversicherung in besonderer Weise belastet wird, schröpft die Ampel die Rentenkasse mit der Folge, dass der intelligent geplante Puffer in Form des zusätzlichen Zuschusses ins Leere läuft!“**

Die Bundestagsabgeordnete fordert von der Regierung echte Reformen beim Bürgergeld, die langfristig mehr Menschen in Arbeit bringen bzw. in umfangreichere Arbeit bringen (nicht nur Minijob). Darüber hinaus sei eine verantwortungsvolle und nachhaltige Finanzpolitik erforderlich, welche die drängenden Probleme an der Wurzel packe, anstatt sie immer weiter vor sich herzuschieben.

„Was unser Land jetzt braucht, sind Reformen, die den Arbeitsmarkt stärken, und eine Finanzpolitik, welche unser Land zukunftssicher aufstellt. Dafür ist eine klare Prioritätensetzung erforderlich, was für die Menschen unverzichtbar ist und was nicht dazu gehört“



BERICHT AUS BERLIN

Jahresbericht der Bundespolizei: Deutlicher Anstieg der Straftaten

Berlin. Die Bundespolizei hat Ende August ihren Jahresbericht für 2023 vorgestellt und dabei alarmierende Zahlen präsentiert: Mit insgesamt **790.245 registrierten Straftaten** verzeichnete die Behörde im vergangenen Jahr einen **Höchststand**, wie er seit 2012 nicht mehr erreicht wurde. Das entspricht einem **Anstieg von 12,5 Prozent** im Vergleich zum Vorjahr, in dem rund 702.000 Straftaten erfasst worden waren.

Besonders besorgniserregend ist der **deutliche Zuwachs bei Verstößen gegen das Aufenthaltsrecht**, der mit einem **Plus von gut 38 Prozent** den stärksten Anstieg gegenüber 2022 markiert. Insgesamt machten diese Verstöße knapp die Hälfte aller Straftaten aus. Auch der Anstieg der **Angriffe auf Bundespolizeibeamtinnen und -beamte** sticht negativ heraus: 2.979 Bundespolizisten wurden im Jahr 2023 angegriffen. Das ist die größte Anzahl von Angriffen seit Einführung der statistischen Erhebung im Jahr 2001. Ein weiterer Schwerpunkt der Straftaten lag auch im Jahr 2023 im Umfeld der Deutschen Bahn. **Mehr als die Hälfte aller Delikte im Zuständigkeitsbereich der Bundespolizei – rund 425.000 – wurden in Zügen, Bahnhöfen oder anderen Bahn-Anlagen verübt.** Insbesondere die großen Bahnhöfe in den Metropolen blieben weiterhin Brennpunkte für Gewaltdelikte.

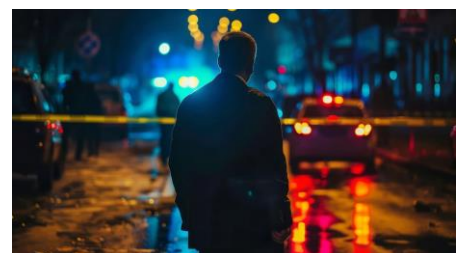
Trotz dieser alarmierenden Entwicklungen hob der Präsident der Bundespolizei, Dieter Romann, bei der Präsentation des Berichts auch eine **positive Tendenz** hervor: **Beim Grenzschutz zeigt sich ein Rückgang der unerlaubten Einreisen.** Im Jahr 2023 zählte die Bundespolizei knapp 128.000 solcher Fälle, während in diesem Jahr bislang nur etwas über 53.000 registriert wurden. Romann führt diesen Erfolg auf die verstärkten Grenzkontrollen zurück, die seit dem vergangenen Jahr nicht nur an der Grenze zu Österreich, sondern auch zu Tschechien, Polen und zur Schweiz durchgeführt werden. Unterstützung für diese Kontrollen kommt von der Bayreuther Bundestagsabgeordneten und CSU-Innenpolitikerin Dr. Silke Launert. Sie betont, dass die Grenzkontrollen nicht nur gerechtfertigt, sondern zwingend notwendig seien: „**Dieser Erfolg geht klar auf die Grenzkontrollen zurück. Der Blick auf die Realität an den Grenzen zeigt, dass die verstärkten Kontrollen in Deutschland auch weiterhin aufrechterhalten werden müssen. Das fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion schon seit Monaten. Hoffentlich erkennt auch die Ampel-Regierung die Notwendigkeit! Es reicht nicht, dass die Bundesinnenministerin etwas verspricht, am Ende aber doch nichts passiert, wie es leider zu oft in der Vergangenheit der Fall war.**“

Die wichtigsten Zahlen im Überblick:

- **790. 245 registrierte Straftaten insgesamt (+12,5% zum Vorjahr)**
 - **Delikte nach Aufenthaltsgesetz: 389.331 (+38,3%)**
 - **Gewaltdelikte: 31.887 (+10,6%)**
 - **Davon Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte: 3.245 (+15,6%)**
 - **Davon tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte: 1.728 (+18,7%)**
 - **Sexualdelikte: 2.498 (+14,9%)**
 - **Hausfriedensbruch: 16.597 (+20,3%)**
 - **Betrug: 24.167 (-66,6%)**

Schutzbereich der Bundespolizei

- ✓ **5.697 Bahnhöfe und -haltepunkte**
- ✓ **2,51 Mrd. Bahnreisende**
- ✓ **33.464 km Streckennetz der Eisenbahninfrastruktur des Bundes**
- ✓ **888 km Seegrenze**
- ✓ **3.831 km Landgrenze**
- ✓ **13 Verkehrsflughäfen**
- ✓ **186.116.392 Fluggäste auf Verkehrsflughäfen**



Hinweis: Den Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Verlängerung der Grenzkontrollen ist abrufbar unter <https://dserver.bundestag.de/btd/20/121/2012101.pdf>

BERICHT AUS BERLIN

CDU/CSU fordert: „Automobilindustrie braucht Zukunft – Industriestandort Deutschland wettbewerbsfähig machen“

Berlin. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat einen dringenden Appell zur Stärkung der deutschen Automobilindustrie und des gesamten Wirtschaftsstandortes Deutschland formuliert. Mit ihrem Antrag „Unsere Automobilindustrie braucht eine Zukunft – Den Industriestandort Deutschland wettbewerbsfähig machen“ reagieren die Unionsparteien auf die alarmierende Lage der Branche, die unter zunehmenden Belastungen leidet.

Die Krise der Automobilindustrie – Ein Rückgrat der deutschen Wirtschaft wankt

Die Automobilindustrie ist seit Jahrzehnten das Herzstück der deutschen Wirtschaft. **Hersteller von Fahrzeugen und Motoren bilden mit ihren komplexen Wertschöpfungsketten das Rückgrat zahlreicher mittelständischer Unternehmen, sowohl in Deutschland als auch europaweit.** Doch die Zeichen der Krise mehren sich: Die Produktion von Automobilen ist um rund fünf Prozent zurückgegangen, und auch die Absatzzahlen von Elektro- und Verbrennerfahrzeugen befinden sich im freien Fall. Besonders besorgniserregend ist der Rückgang der Neuzulassungen von E-Autos, die im August um ganze 69 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat eingebrochen sind. Auch die Zahl der zugelassenen Verbrenner sank um 28 Prozent.

Kritik an der Ampel-Regierung – Ideologisch verengte Industriepolitik behindert Innovation

Die CDU/CSU sieht eine der zentralen Ursachen der Krise im wirtschafts- und industriepolitischen Kurs der Ampel-Regierung. **„Die Bundesregierung fokussiert sich einseitig auf politisch definierte Technologien, ohne die Bedingungen für eine wettbewerbsfähige Gesamtwirtschaft zu schaffen“**, kritisiert die Fraktion.

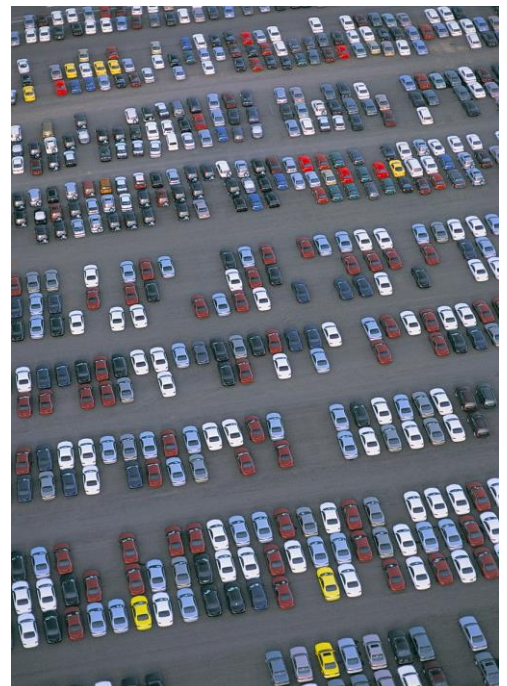
Ein besonders prägnantes Beispiel sei das **Förder-Chaos bei der Elektromobilität.** Die plötzliche und unvorhersehbare Streichung der Umweltprämie habe den Markt für E-Autos abrupt ausgebremst und die Nachfrage nach Elektrofahrzeugen zum Erliegen gebracht. Ähnlich chaotisch verhalte sich die Regierung bei der Batterieforschung, was einen schweren Rückschlag für die technologische Souveränität Deutschlands darstelle.

„Diese inkonsistente und kurzfristige Politik sorgt nicht nur für Unsicherheit in der Industrie, sondern gefährdet langfristig auch den Wohlstand und die Arbeitsplätze in unserem Land“, so die CDU/CSU-Fraktion weiter

Forderungen der CDU/CSU – Deutschland muss wettbewerbsfähig bleiben

CDU und CSU setzen sich dafür ein, dass Deutschland ein starker Industriestandort bleibt und fordern entschlossene Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen. **„Eine starke Automobilwirtschaft ist der Schlüssel zur Sicherung von Arbeitsplätzen und Wohlstand in Deutschland“**, heißt es in dem Antrag der Fraktion. Gleichzeitig müsse die Automobilindustrie in der Lage sein, in den Klimaschutz zu investieren und den Weg zur CO₂-Neutralität zu beschreiten. Dazu fordert die Unionsfraktion **wettbewerbsfähige Energiepreise, weniger Bürokratie und flexible Arbeitsregelungen.** Ein weiteres zentrales Element ist die **Reform der Unternehmensbesteuerung**, um Deutschland im globalen Wettbewerb konkurrenzfähig zu halten.

Hinweis: Den Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit den konkreten Forderungen zum Nachlesen finden Sie unter folgendem Link: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/129/2012963.pdf>



BERICHT AUS BERLIN

Bundesverfassungsgericht kippt einen Teil der Ampel-Wahlrechtsreform / Dr. Silke Launert kritisiert Schwächung der Direktmandate

Berlin. Das neue, von der Ampel-Koalition beschlossene Wahlrecht ist in Teilen verfassungswidrig, urteilte das Bundesverfassungsgericht Ende Juli. In dem Verfahren, das unter anderem von der Unionsfraktion angestoßen wurde, hat das Bundesverfassungsgericht zwar die neu eingeführte Zweitstimmendeckung als verfassungskonform anerkannt, jedoch die **5 %-Sperrklausel in ihrer aktuellen Form (ohne Grundmandatsklausel) als verfassungswidrig eingestuft.**

Bezüglich der **5 %-Sperrklausel** führte das oberste deutsche Gericht aus, dass diese grundsätzlich ein geeignetes Mittel zur Wahrung der Funktionsfähigkeit sei. Allerdings bemängelten die Richter, dass es nach Streichung der Grundmandatsklausel, nach der eine Partei auch dann in den Deutschen Bundestag einzieht, wenn sie 5 % der Wählerstimmen nicht erreicht, aber in mindestens drei Wahlkreisen das Direktmandat erzielt, keine Abmilderung der Sperrklausel mehr gebe. **„Es ist gut, dass die Versuche der Ampel, zwei Oppositionsparteien einfach aus dem Bundestag zu werfen, vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig eingestuft wurden“**, betont die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert. Sie sieht in der Entscheidung einen wichtigen Sieg für die Demokratie, da sie verhindert habe, dass die politische Vielfalt und der Wettbewerb im Bundestag massiv eingeschränkt würden.

Der Gesetzgeber ist nun aufgefordert, eine Neuregelung zu beschließen. Zugleich ordnete das Gericht an, dass bis dahin die Grundmandatsklausel in ihrer bisherigen Form weiterhin zur Anwendung kommen muss. Von einer Neuregelung in der noch laufenden Legislaturperiode ist nicht mehr auszugehen.

Das **Zweitstimmendeckungsverfahren** sieht das oberste deutsche Gericht hingegen als mit dem Grundgesetz vereinbar an. Diese Regelung besagt, dass nur so viele Wahlkreiskandidaten in den Bundestag einziehen, wie der jeweiligen Partei nach ihrem Zweitstimmenergebnis auf Landesebene zustehen. Launert äußert ihre Sorge darüber, dass Direktmandate dadurch deutlich an Bedeutung verlieren könnten. **„Es kann also sein, dass man ein Direktmandat gewinnt, aber dennoch nicht in den Bundestag einzieht“**, kritisiert sie. **Dies widerspreche dem eigentlichen Sinn und Zweck von Direktmandaten, die den direkten Austausch und die Vertretung der Menschen im Wahlkreis sicherstellen sollen.**

Gleichzeitig bedauert die Abgeordnete, dass das Gericht kaum auf die Bedeutung der Direktmandate eingegangen sei. „Schade, dass das Bundesverfassungsgericht dazu fast nichts sagt und die Entwertung der Direktmandate so mitmacht.“ In einer Zeit, in der das Vertrauen in die Politik zunehmend erodiert, sei es umso wichtiger, dass Abgeordnete ihre Wähler direkt vertreten können, anstatt sich den Interessen der Parteiführung unterordnen zu müssen.

Abschließend warnte sie vor den langfristigen Folgen dieser Entscheidung: **„Künftig zählt also weniger der Austausch mit den Menschen vor Ort, sondern die mediale Show über ‚große Medien/Plattformen‘ und der Wille der Parteispitzen! Ich hoffe, das geht nicht nach hinten los!“**

BERICHT AUS BERLIN

CDU/CSU: Klare Solidarität mit Israel und den jüdischen Mitbürgern in Deutschland

Berlin. Anlässlich des ersten Jahrestages des grausamen Terrorangriffs der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 fand im Deutschen Bundestag eine eigens auf die Tagesordnung gesetzte Plenardebatte statt, in welcher die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einmal mehr bekräftigte, dass sie fest an der Seite Israels stehe und dass es das unveräußerliche Recht eines jeden Staates ist, sich gegen Angriffe zu verteidigen.

Nicht nur im Nahen Osten, auch in Deutschland sind die Auswirkungen des Konflikts deutlich spürbar: Seit dem Terrorangriff ist hierzulande ein alarmierender Anstieg des Antisemitismus festzustellen. Auf Deutschlands Straßen werden Hetze und Hass gegen Juden offen zur Schau gestellt sowie diese Bedrohung durch die Verharmlosung des Terrors durch Teile des kulturellen und akademischen Betriebs zusätzlich verschärft. Die Anzahl antisemitischer Straftaten hat sich seit Anfang des Jahres verdoppelt und die Zahl von fast 8.500 solcher Delikte seit dem 7. Oktober 2023 ist ebenfalls besorgniserregend angestiegen. Antisemitische Einstellungen drohen in weiten Teilen der Gesellschaft wieder salonfähig zu werden.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion macht vor diesem Hintergrund klar: **Antisemitismus darf in Deutschland keinen Platz haben!** Sie fordert härtere Strafen für antisemitische Straftaten und ein entschlossenes Vorgehen gegen solche Hassverbrechen. Auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert positioniert sich unmissverständlich:

„Jüdisches Leben in Deutschland muss verlässlich geschützt werden! Jüdinnen und Juden müssen in ihrem Land sicher und ohne Angst leben können! Es ist die Aufgabe des Rechtsstaates, jede Form der Gewaltverherrlichung oder Leugnung des Holocausts konsequent zu unterbinden. Meinungsfreiheit endet dort, wo zur Vernichtung Israels aufgerufen oder jüdischen Mitbürgern der Tod gewünscht wird.“

Staatsräson und Solidarität mit Israel dürften keine leeren Worte bleiben, sondern müssten in konkreten Maßnahmen und internationaler Verantwortung Ausdruck finden, stellt die Unionsfraktion ferner heraus. Der Kampf gegen Antisemitismus in Deutschland sei dabei nicht nur ein politischer, sondern auch ein moralischer Auftrag, der mit aller Entschlossenheit fortgeführt werden müsse.

BERICHT AUS BERLIN

Israelischer Botschafter in der Bayerischen Landesvertretung – „Man kann sich nicht vorstellen, wie es uns geht“

Berlin. Die Stimmung ist gedrückt an diesem Abend in der Bayerischen Landesvertretung. Wie jeden Montag haben sich die Bundestagsabgeordneten der CSU versammelt, um die anstehende Sitzungswoche zu besprechen. Doch diese Sitzung zu Beginn der Parlamentswoche ist keine wie jede andere. Der furchtbare Anschlag der Hamas in Israel jährt sich an diesem Tag zum ersten Mal. Über tausend Menschen wurden bei dem Massaker von der Hamas brutal ermordet, ihre Leichen zum Teil verstümmelt und entkleidet. Nackt wurden die leblosen Körper als Siegestrophäen präsentiert, zahlreiche Frauen wurden vergewaltigt. Ein Attentat, das eine Zäsur darstellt und die Zeit in ein „Davor“ und in ein „Danach“ spaltet.

Es sei schwer für die Menschen in anderen Ländern sich vorzustellen, wie es den Israelis gehe. Welche tiefen Wunden der 7. Oktober 2023 in die Seelen der Menschen gerissen hätte, so der Botschafter von Israel in der Bundesrepublik Deutschland, Ron Prosor, welchen die CSU-Landesgruppe zu ihrer Sitzung eingeladen hat. Ein Leben in dauerhafter Bedrohung, unter permanentem Beschuss. Die Ausstrahlungswirkung des Massakers gehe weit über das Land hinaus, ergänzt Prosor. Die Folge sei, dass Angst und Schrecken zum Alltag von Jüdinnen und Juden überall auf der Welt gehöre und Juden weltweit sich immer wieder aufs Neue rechtfertigen müssten, warum Israel sich verteidige.

Nach Prosors Vortrag herrscht zunächst beklemmende Stille in der Runde. Die Abgeordneten sind sichtbar betroffen von den Schilderungen des Botschafters. Dann kommen erste Wortmeldungen, darunter die Frage, wie sich Israel den Umgang – am besten im Frieden – mit der anderen Kriegspartei vorstelle. Prosor verweist auf seine Ausführungen und fragt, wie ein Umgang möglich sei mit Vertretern einer Ideologie, die einen unbedingten Vernichtungswillen gegen alle Juden auf der Welt hätten. Schon in der Schule werde den Kindern beigebracht, die Juden zu vernichten. Ein Ziel formuliert der Botschafter in diesem Kontext sehr deutlich: Es solle ein Zeichen gesetzt werden, das klar mache, dass es sich nicht lohne, die in Israel lebenden Juden anzugreifen.



BERICHT AUS BERLIN

Statement Silke Launert v. 13.09.2024

„Einfach unfassbar – in den Plenardebatten in der ersten Woche nach der Parlamentspause wollte uns die Ampel-Koalition ihre Asylpläne als einen Kurswechsel verkaufen und zeigen, wie ernst sie es doch mit einer strengeren Asylpolitik meine. Zeitgleich fördert die Bundesregierung das Portal „Handbook Germany“, auf deren Homepage Handlungsempfehlungen gegeben werden, wie man seine Abschiebung verhindern kann. Von Kurswechsel kann bei dieser Regierung keine Rede sein! Was es jetzt braucht, haben wir von der Union auf den Tisch gelegt. Zu den erforderlichen Maßnahmen gehören insbesondere Zurückweisungen an den Grenzen. Allein die Dublin-Verfahren zu beschleunigen, wie es die Ampel plant, wird die illegale Einwanderung nicht verhindern. Die Probleme bei den Rückführungen werden unverändert bestehen bleiben.“

Die Anträge der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Nachlesen:

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/128/2012835.pdf>

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/128/2012835.pdf>

Mehr Schein als Sein: Bundesregierung legt erste Bilanz des „Jobturbos“ vor

Berlin. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) hat kürzlich die erste Bilanz des von der Ampel-Koalition eingeführten sogenannten „Jobturbos“ vorgestellt. Die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert, zuständige Berichterstatterin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für den Etat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, übt scharfe Kritik an den Ergebnissen und der Darstellung des Programms durch die Ampel.

„Auch wenn Bundesarbeitsminister Heil nun versucht, den sogenannten ‚Jobturbo‘ als Erfolg zu verkaufen – die Zahlen sprechen eine andere Sprache!“, so Launert. **„Der Jobturbo der Ampel ist eine Fehlzündung!“**

Laut dem Bericht ist die Zahl der Geflüchteten aus der Ukraine, die in Arbeit vermittelt wurden, auf 259.000 Personen angewachsen (Stand Juni 2024). Dies entspricht einem Anstieg von 69.000 im Vergleich zum Vorjahresmonat. Von den 259.000 sich in Arbeit befindenden Personen gehen 207.000 einer versicherungspflichtigen und 52.000 einer ausschließlich geringfügigen Beschäftigung nach. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern ist dies eine ungenügende Bilanz. In Polen und den Niederlanden haben bis zu 80 Prozent der ukrainischen Flüchtlinge einen Job. „Dieses Plus mag auf den ersten Blick gut ausschauen, aber wenn man zuvor fast niemanden integriert, kommt man schnell auf gut klingende Zahlen und vermeintlich starke Steigerungsraten“, stellt Launert klar und verweist darauf, dass trotz des Anstiegs **immer noch rund 500.000 erwerbsfähige Ukrainer im Bürgergeldbezug** stehen. „Damit haben sich die überhöhten Erwartungen, die Hubertus Heil geschürt hat, bei Weitem nicht erfüllt“, so die CSU-Politikerin weiter. „Die Luftschlösser des Ministers haben sich jetzt endgültig als das enttarnt, was sie von Beginn an waren: Realitätsfremde Fantasiegebilde.“

Launert hebt hervor, dass dieses „dysfunktionale System“ dem deutschen Staat finanziell nicht mehr tragbar sei. **„Es ist an der Zeit, dass wirklich etwas im System geändert wird!“**, fordert die CSU-Politikerin. Dabei gehe es nicht nur darum, alle Geflüchteten als „Fachkräfte“ zu behandeln, wie es Minister Heil propagiert. **„Man muss pragmatisch denken und die Menschen überall dort einsetzen, wo sie gebraucht werden“**, so Launert abschließend.

BERICHT AUS BERLIN

Organisierte Kriminalität: Milliarden Schäden und zunehmende Bedrohung durch Cybercrime

Berlin. Kriminelle Organisationen haben im vergangenen Jahr in Deutschland immense finanzielle Schäden verursacht, wie der aktuelle Bericht „Bundeslagebild Organisierte Kriminalität“ des Bundeskriminalamts (BKA) offenbart. Der durch organisierte Kriminalität angerichtete **Schaden** belief sich 2023 auf rund **2,7 Milliarden Euro**, was den höchsten Wert der letzten zehn Jahre darstellt. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Schadenssumme **mehr als verdoppelt**.

Insbesondere der Bereich Cyberkriminalität steuerte maßgeblich zu den finanziellen Verlusten bei. Eine einzige kriminelle Bande verursachte einen Schaden von 1,7 Millionen Euro, indem sie erfolgreich Bankdaten ihrer Opfer erschlich. Neben den finanziellen Schäden bleibt die Anwendung von Gewalt innerhalb dieser Strukturen ein weiterhin alarmierendes Problem. Der Bericht des BKA dokumentiert **vier vollendete und 34 versuchte Tötungsdelikte**, die im Jahr 2023 von kriminellen Gruppen begangen wurden.

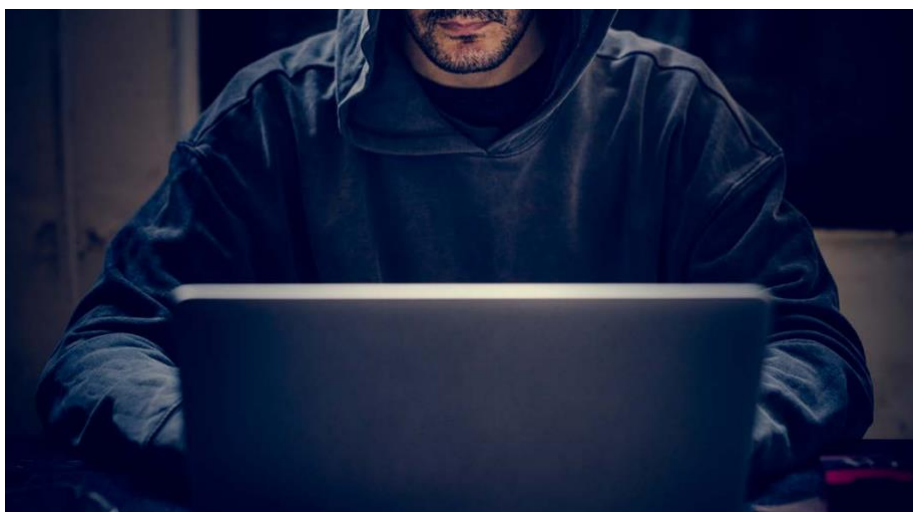
Insgesamt wurden im vergangenen Jahr **642 Ermittlungsverfahren** gegen Organisationen der organisierten Kriminalität eingeleitet, womit der Wert das dritte Jahr in Folge die Marke von 600 übersteigt. Der **Drogenhandel** bleibt dabei mit rund **40 Prozent der Fälle** der Schwerpunkt der Ermittlungen.

Die Innenpolitikerin und ehemalige Staatsanwältin **Dr. Silke Launert** fordert ein konsequentes Vorgehen gegen die Täter:

„Nur durch intensiven Kontroll- und Verfolgungsdruck und eine klare Null-Toleranz-Strategie können wir dieser Bedrohung effektiv begegnen. Das Ziel muss sein, die organisierte Kriminalität in all ihren Formen und mit aller Härte des Rechtsstaats zu bekämpfen.“

Es ist an der Zeit, dass die Bundesregierung die Sicherheitsbehörden mit den notwendigen rechtlichen und technischen Mitteln ausstattet, um kriminelle Netzwerke wirksam zu bekämpfen. Dazu gehört insbesondere die Möglichkeit, verschlüsselte Kommunikation im Bereich der Clankriminalität zu überwachen. Ohne diese Befugnis können wir den Tätern nicht das Handwerk legen.“

Darüber hinaus fordern wir von der Union, die Beschaffung und den Einsatz der Verfahrenübergreifenden Recherche- und Analyseplattform ‚VeRA‘ für Bund und Länder unverzüglich sicherzustellen. Diese neue Software ist dazu in der Lage, sämtliche Datenbanken der Polizei auf Verbindungen zu Schwerstkriminellen zu durchsuchen. Trotz des Widerstands von Frau Faeser wurde VeRa bereits erfolgreich in Hessen angewandt.“



BERICHT AUS BERLIN

Silke Launert kritisiert Ampel-Rentenreform: „Ein Schlag ins Gesicht der hart arbeitenden Menschen“

Berlin. Die Bayreuther Bundestagsabgeordnete und zuständige Berichterstatterin der Unionsfraktion für den Etat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales Dr. Silke Launert (CSU) hat die geplante Rentenreform der Ampelkoalition in einer Stellungnahme scharf kritisiert. Hintergrund ist der Gesetzentwurf zum sogenannten Rentenpaket II, der Ende September in Erster Lesung im Bundestag beraten wurde. Launert begrüßte die Blockadehaltung der FDP gegenüber der Reform und stellte klar: **„Diese Reform wäre ein weiterer Schlag ins Gesicht der hart arbeitenden Menschen in Deutschland.“**

Massive Belastungen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber

Die Rentenreform sieht unter anderem vor, den Beitragssatz bis zum Jahr 2035 von 18,6 Prozent auf 22,7 Prozent (abzüglich der geplanten Beiträge aus dem neuen Aktienpaket auf 22,3 Prozent) zu erhöhen. Für Launert ist diese Maßnahme ein schwerwiegender Fehler: **„Eine derartige Erhöhung der Rentenbeiträge wäre ein massiver Kostenfaktor für Beschäftigte und Unternehmen. Es bliebe deutlich weniger Netto vom Brutto, zumal die Beiträge die Beiträge zu Kranken.- und Pflegeversicherung eh ständig steigen. Zudem würde die ohnehin stark beanspruchte Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft weiter schwächen und gefährdet langfristig Arbeitsplätze.“**

Abschaffung des Nachhaltigkeitsfaktors: Ein gefährlicher Schritt

Ein weiterer zentraler Kritikpunkt ist der Plan der Bundesregierung, den sogenannten Nachhaltigkeitsfaktor aus der Rentenberechnung zu streichen. Dieser Faktor wurde von der Rot-Grün geführten Bundesregierung im Jahre 2005 unter Billigung der Union eingeführt, um die Auswirkungen des demografischen Wandels auf das Rentensystem zu berücksichtigen. **„Dass die Ampel den Nachhaltigkeitsfaktor außer Kraft setzen will, genau dann wenn er zu wirken beginnen soll, ist absolut inakzeptabel“**, so die Bayreuther Bundestagsabgeordnete. **„Ohne diesen Mechanismus werden die Rentenausgaben weiter in die Höhe getrieben, was die finanzielle Lage des ohnehin schon stark belasteten Rentensystems langfristig verschärft.“**

Flickschusterei statt nachhaltiger Lösungen

Launert wirft der Ampelkoalition vor, keine zukunftsweisenden Reformen vorzulegen, sondern nur auf kurzfristige Maßnahmen zu setzen, die die langfristigen Probleme des Rentensystems ignorieren. **„Statt endlich einen klaren Plan für die Zukunft unseres Rentensystems zu präsentieren, betreibt die Bundesregierung Flickschusterei“**, kritisiert sie. Anstatt gemeinsam nach besseren Lösungen zu suchen, verliere sich die Regierung in **„ideologischen Grabenkämpfen“** – ohne Rücksicht auf die tatsächlichen Auswirkungen ihrer Politik auf die Bevölkerung.

Zukunftsorientierte Rentenreform gefordert

Abschließend betont die CSU-Bundestagsabgeordnete, dass es jetzt dringend echte Reformen brauche, die den demografischen Wandel in Deutschland berücksichtigen und eine faire Verteilung der Belastungen sicherstellen. **„Was wir jetzt brauchen, sind Reformen, die langfristig tragfähig sind und das Rentensystem für die Zukunft sichern“**, so Launert. **„Eine verantwortungsvolle Rentenpolitik muss darauf abzielen, sowohl die ältere Generation als auch die Beitragszahler gerecht zu behandeln und den Generationenvertrag nicht weiter zu belasten.“**

BERICHT AUS BERLIN

Ehrenamt stärken – Vereine entlasten

Berlin. Fakt ist: Ohne das Ehrenamt würde unsere Gesellschaft nicht funktionieren. Zum Glück gibt es aber die rund 30 Millionen Menschen in Deutschland, die sich in mehr als 600.000 Vereinen, Verbänden und Initiativen engagieren. Ob im Sport, der Kultur, bei der Feuerwehr oder im Umweltschutz – Ehrenamtler leisten unverzichtbare Arbeit, vor allem in ländlichen Regionen. Doch viele Ehrenamtliche und Vereine kämpfen zunehmend mit bürokratischen Hürden, die ihre wichtige Arbeit erschweren.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzt sich daher mit einem klaren Ziel ein: Bürokratie abbauen, Ehrenamt stärken! In einem von ihr in den Bundestag eingebrachten Antrag fordert sie insbesondere:

- ✓ **Reduktion der Bürokratiebelastung um 25 %** für gemeinnützige Vereine.
- ✓ Einführung des Prinzips „**One in – two out**“: Für jede neue bürokratische Belastung muss doppelt so viel Bürokratie abgebaut werden.
- ✓ **Haftungsrisiken für ehrenamtliche Vorstände** reduzieren, um mehr Rechtssicherheit zu schaffen.
- ✓ **Entlastung von Kosten und Aufwand** bei der notariellen Beglaubigung von Vereinsregisteranmeldungen.
- ✓ **Vereinfachung der Prüfungsintervalle** des Finanzamts für Gemeinnützigkeit und Umsatzsteuerpflicht.
- ✓ **Anhebung der Übungsleiter- und Ehrenamtspauschalen**, um finanziellen Anreiz und Anerkennung zu steigern.
- ✓ **Erhöhung der Freigrenze für Einnahmen** aus wirtschaftlichem Geschäftsbetrieb für Vereine.

Auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete **Dr. Silke Launert** fordert mehr Hilfe: „**Das Ehrenamt verdient unsere volle Unterstützung! Weniger Bürokratie, mehr Sicherheit und Wertschätzung – so machen wir das Engagement für unsere Gesellschaft attraktiver und nachhaltiger!**“

Hinweis: Der vollständige Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist abrufbar unter folgendem Link:
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/129/2012982.pdf>

BERICHT AUS BERLIN

CDU/CSU: Finanzielle Unterstützung für Menschen mit Behinderung

Berlin. Die CDU/CSU-Fraktion hat im Bundestag einen Antrag eingereicht, um die finanzielle Situation von Menschen mit Behinderung zu verbessern. In Deutschland leben rund 7,8 Millionen Menschen mit Schwerbehinderung, die häufig mit erschwerten Lebensbedingungen zu kämpfen haben. Der Antrag sieht vor, das **Persönliche Budget**, welches es seit 2001 gibt, zu stärken. Das Budget ermöglicht es behinderten Menschen, selbst zu entscheiden, welche Pflege- und Betreuungsleistungen sie in Anspruch nehmen möchten. Derzeit müssen auf diese Leistungen allerdings 19 % Umsatzsteuer gezahlt werden, was viele Menschen vor finanzielle Hürden stellt. Diese Hürden gilt es aus Sicht der Union dringend abzubauen.

Ein weiteres Thema betrifft das **Kindergeld** für Menschen mit Behinderung. Familien können dieses Kindergeld über das 18. oder 25. Lebensjahr hinaus beziehen. Allerdings kommt es immer wieder zu Unterbrechungen bei der Auszahlung, wenn geprüft wird, ob die Behinderung weiterhin besteht. Diese Zahlungslücken führen zu erheblichen finanziellen Belastungen für die betroffenen Familien. Um diese Probleme zu beseitigen, fordern CDU und CSU deshalb eine reibungslosere Auszahlung.

Zudem sollte es aus Sicht der Union Erleichterungen bei der **Kfz-Steuer** für Menschen mit Schwerbehinderung geben. Aktuell dürfen Fahrzeuge, die von der Steuer befreit sind, nur für Fahrten genutzt werden, die im direkten Zusammenhang mit der behinderten Person stehen. Die CDU/CSU schlägt vor, dass auch Haushaltsmitglieder das Fahrzeug für private Fahrten nutzen können, ohne die Steuervergünstigung zu verlieren.

Dr. Silke Launert: Förderung der Batterietechnik muss fortgesetzt werden

Die CSU-Bundestagsabgeordnete Silke Launert ist alarmiert über den geplanten Stopp der Batterietechnikförderung. „Das ist für mich unverständlich! Diese Förderung muss unbedingt fortgesetzt werden!“, äußert sie sich entsetzt. Besonders betroffen ist sie, da die Region um Bayreuth und Forchheim von dieser Entscheidung stark betroffen ist.

Das Bayerische Zentrum für Batterietechnik (BayBatt), das an der Universität Bayreuth ansässig ist, wird sowohl aus bayerischen Mitteln als auch durch verschiedene Bundesförderungen finanziert. Launert hat bereits Kontakt zur Universität aufgenommen und berichtet: „Auch dort sieht man diese Entscheidung mit Sorge.“ BayBatt spielt eine zentrale Rolle in der Ausbildung von Doktoranden und in der Sicherung von Fachwissen in der Region.

Launert betont, dass die Transformation in der Batterietechnologie nur durch gezielte staatliche Förderung gelingen kann. „Batterien sind aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken und sind entscheidend für Deutschlands Innovationskraft“, so die Bundestagsabgeordnete.

Im April 2024 hatte die Union bereits einen Antrag für eine starke Batterieforschung in Deutschland gestellt. Zudem hatte FDP-Ministerin Bettina Stark-Watzinger in diesem Monat die Batterieforschung als Schlüsseltechnologie bezeichnet. Doch nun, so Launert, wurden im Bundeshaushalt 2025 keine Verpflichtungsermächtigungen mehr eingestellt. „Das bedeutet, dass die Förderung ausläuft und keine neuen Projekte in den nächsten Jahren gestartet werden können“, erklärt sie besorgt.

Der Stopp der Förderung hat nicht nur unmittelbare Auswirkungen auf die Region, sondern widerspricht auch den Zielen der Bundesregierung im Bereich Klima- und Transformationspolitik. „Das ist absurd und hat verheerende Folgen, die direkt in meinem Wahlkreis spürbar sein werden“, resümiert Launert. Während sie prinzipiell für Einsparungen ist, kritisiert sie die falsche Schwerpunktsetzung in dieser wichtigen Angelegenheit.

BERICHT AUS BERLIN

Sicherheitslage an deutschen Bahnhöfen alarmierend: CDU/CSU fordert konsequentes Handeln der Regierung

Berlin. Ein schockierender Vorfall im Frankfurter Hauptbahnhof hat erneut die dringende Frage nach der Sicherheit an deutschen Bahnhöfen aufgeworfen. Ein junger Reisender wurde dort von einem Angreifer brutal aus nächster Nähe erschossen – eine schockierende Tat, die einer öffentlichen Hinrichtung gleicht. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sieht darin ein weiteres Zeichen für die zunehmende Gefährdungslage in öffentlichen Verkehrsanlagen.



„Die aktuelle Bundesregierung verliert die Kontrolle über die Sicherheit an unseren Bahnhöfen“, kritisierte die Fraktion scharf. Die Zahlen untermauern diese Sorge: Noch nie waren die deutschen Bahnhöfe so unsicher wie zurzeit. Die Statistik der „Gewaltdelikte auf Bahnanlagen“ zeigt erschreckende Zahlen. Allein im Jahr 2023 registrierte die Bundespolizei 25.640 Gewalttaten – ein Anstieg von elf Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Die CDU/CSU fordert die Ampel-Koalition eindringlich dazu auf, endlich effektive Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit in Bahnhöfen zu gewährleisten. Der Polizei dürften nicht weiter durch die Ampel-Regierung Steine in den Weg gelegt werden. Insbesondere die Einführung von Gesichtserkennungstechnologien an Bahnhöfen, um potenzielle Täter frühzeitig zu identifizieren, sei eine wirksame Maßnahme, welche von der Bundesregierung ungenutzt bliebe.

Silke Launert, welche die CSU im Innenausschuss vertritt, sprach der Bundespolizei ihren Dank und Respekt aus. Bundespolizeibeamte hatten den Beschuldigten am Frankfurter Hauptbahnhof umgehend ergriffen und in Gewahrsam genommen. **„Die Polizei leistet hervorragende Arbeit unter zunehmend schwierigen Bedingungen“**, betonte die Abgeordnete.

Launert kritisierte zudem die Ausstattung der Bahnhöfe: **„Datenschutzbedenken dürften nicht dazu führen, dass Sicherheitsbehörden mit veralteten Mitteln arbeiten müssen, während Kriminelle modernste Technologien einsetzen. Wir müssen die neuesten technischen Möglichkeiten nutzen, um Bahnhöfe und öffentliche Räume sicherer zu machen.“**

BERICHT AUS BERLIN

Anschläge vereitelt - Silke Launert: „Deutscher Geheimdienst braucht mehr Kompetenzen!“



Berlin. Sind die Kompetenzen des deutschen Geheimdienstes ausreichend? Diese Debatte hat jüngst anlässlich eines geplanten Attentats in Österreich wieder an Fahrt aufgenommen. In letzter Minute konnte in Wien ein Anschlag auf ein Konzert der Musikerin Taylor Swift vereitelt und damit ein Blutbad verhindert werden.

Dieser Fall in Deutschlands Nachbarland legt ein Problem offen, mit welchem die Sicherheitspolitik auch hierzulande konfrontiert ist. Denn Österreich hatte die Hinweise nicht vom eigenen, sondern von ausländischen Geheimdiensten erhalten. Ebenso geschieht es häufig auch in Deutschland. In vielen Fällen erhalten die deutschen Sicherheitsbehörden die lebensrettenden Hinweise aus den USA oder Israel. Zum Beispiel bei der Warnung auf den Anschlag in Hof.

Die Bayreuther Bundestagsabgeordnete und Innenpolitikerin Dr. Silke Launert fordert vor diesem Hintergrund eine Ausweitung der Möglichkeiten auch des deutschen Geheimdienstes: **„So wichtig die internationale Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung zweifelsohne ist, müssen wir dennoch auch selbst in der Lage sein, unser Land vor Terroristen zu schützen. Die Kompetenzen unseres deutschen Geheimdienstes müssen daher dringend an die neue Zeit angepasst werden!“**

Erforderlich ist aus Sicht der CSU-Politikerin insbesondere die Einführung der **Vorratsdatenspeicherung** sowie die **Einräumung weitreichenderer Befugnisse bei der Telekommunikationsüberwachung**. Es könne und dürfe nicht sein, dass jemand, der soeben eine Anleitung zum Bombenbau gesucht habe und im nächsten Augenblick Karten für ein Konzert kaufe, den Sicherheitsbehörden nicht auffalle. **„Wir machen uns doch unehrlich, wenn wir auf der einen Seite zu den Amerikanern sagen „Toll, dass ihr uns die Hinweise liefert. Dank euch konnten wir Leben retten!“ und auf der anderen Seite aber sagen „Unsere Behörden dürfen solche Methoden aus rechtlichen Bedenken nicht anwenden“.**

BERICHT AUS BERLIN

Für einen bezahlbaren Autoführerschein

Berlin. „Mobilität darf kein Luxus werden!“ So lautet die zentrale Botschaft der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Die Fraktion setzt sich mit einem von ihr in den Deutschen Bundestag eingebrachten Antrag für einen bezahlbaren Autoführerschein ein, um die individuelle Mobilität insbesondere im ländlichen Raum zu sichern.

Aktuelle Probleme, wie die stark gestiegenen Führerscheinkosten, die in einigen Regionen bis zu 4.500 Euro betragen, sowie monatelange Wartezeiten auf Prüftermine, gefährden zunehmend die gesellschaftliche Teilhabe vieler Menschen. Besonders für junge Erwachsene wird der Erwerb der Fahrerlaubnis durch die immens gestiegenen Preise zu einer immer größeren Herausforderung. Um dem entgegenzuwirken, fordert die CDU/CSU-Fraktion die Bundesregierung dazu auf, Maßnahmen zu ergreifen, die sowohl die Kosten senken als auch die Prüfkapazitäten erhöhen sollen. Dazu zählen unter anderem die erleichterte Weiterbildung von Fahrlehrern zu Prüfern, die temporäre Unterstützung durch Prüfer der Polizei oder Bundeswehr sowie die Öffnung der Fahrerlaubnisprüfung für weitere Anbieter.

Damit Prüfungen schneller und kostengünstiger abgeschlossen werden können, sollen zudem Ausbildungspläne flexibler gestaltet und die stärkere Integration digitaler Lernangebote vorangetrieben werden. Überdies fordert die Union die Einführung der grundsätzlichen Verpflichtung, die theoretische und praktische Ausbildung bei derselben Fahrschule zu absolvieren, um im ländlichen Raum für den Erhalt und Ausbau des wohnortnahen Fahrschulangebots zu sorgen.



Silke Launert: „Gerade im ländlichen Raum ist der Führerschein unverzichtbar. Wir haben mit unserem Antrag ein ausführliches Konzept zur Senkung der Kosten vorgelegt. Es ist unverständlich, weshalb die Ampel-Koalition dieses abgelehnt und nicht einmal einen eigenen konstruktiven Vorschlag eingebracht hat. Es fehlt hier wohl ganz offensichtlich am Problembewusstsein.“

Hinweis: Der Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist abrufbar unter <https://dserver.bundestag.de/btd/20/106/2010610.pdf>

BERICHT AUS BERLIN

CDU/CSU-Bundestagsfraktion kritisiert Baupolitik der Ampel: Wohnungsbau in der Krise

Berlin. Die neuesten Zahlen des Statistischen Bundesamtes zeichnen ein düsteres Bild für den Wohnungsbau in Deutschland. Im **Juni 2024** wurden **nur noch 17.600 Wohnungen genehmigt**, was einem **Rückgang von 19 Prozent im Vergleich zum Vorjahr** entspricht. Noch dramatischer ist der **Vergleich mit Juni 2022**: Hier verzeichnete die Bauwirtschaft einen **Einbruch von 42,1 Prozent** bei den Baugenehmigungen. Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist dies ein weiterer Beweis für das Versagen der Ampel-Regierung in der Baupolitik. „Der Absturz der Bau- und Wohnungswirtschaft setzt sich ungebremst fort und die Bundesregierung schaut tatenlos zu“, heißt es vonseiten der Union.

„Es ist erschreckend, dass trotz dieser alarmierenden Entwicklungen keine wirksamen Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Stattdessen verharrt die Ampel in ihrer bisherigen Politik, ohne auf die deutlichen Warnsignale zu reagieren“, so auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete **Dr. Silke Launert**. „Es reicht nicht, nur die Lage zu beschreiben. Die Bauministerin muss handeln, um den drohenden Kollaps im Wohnungsbau abzuwenden. Deutschland braucht jetzt entschlossene Schritte, um die Krise zu bewältigen und den Wohnungsbau wieder anzukurbeln. Und sie darf sich nicht immer wieder selbst ausbremsen, weil ja sonst ein „böser Unternehmer“, privater Vermieter oder Bauherr was verdienen könnte.“

CDU und CSU warnen vor den gravierenden Folgen dieser Entwicklung: Der Wohnungsbau sei ein zentraler Pfeiler für den **sozialen Frieden** und die **wirtschaftliche Stabilität in** Deutschland. Wenn die Regierung hier nicht umsteuere, drohe ein Absturz, von dem sich der Wohnungsmarkt nur schwer erholen könne.

Dabei liegen erste **Lösungsansätze laut der CDU/CSU-Bundestagsfraktion** bereits auf dem Tisch. Zu den wichtigsten Maßnahmen, die jetzt dringend umgesetzt werden müssen, gehören aus Unionssicht:

1. **Einführung einer neuen Sonderabschreibung für den sozialen Wohnungsbau:** Unternehmen, die Mietbegrenzungen garantieren und so bezahlbaren Wohnraum schaffen, sollen zusätzliche Abschreibungsmöglichkeiten erhalten. Dies würde den Bau von Sozialwohnungen wieder attraktiver machen und dringend benötigten Wohnraum schaffen.
2. **Grunderwerbsteuer-Freibetrag für den Ersterwerb von selbstgenutztem Wohneigentum:** Den Ländern muss rechtssicher die Möglichkeit gegeben werden, Freibeträge von 250.000 Euro pro Erwachsenen und 150.000 Euro pro Kind einzuführen. Dies würde Familien den Einstieg in den Immobilienmarkt erleichtern und den Erwerb von Wohneigentum fördern.
3. **Anhebung der erbschaftsteuerrechtlichen Freibeträge:** Angesichts des Preisanstiegs bei Wohnimmobilien von fast 65 Prozent in den letzten zehn Jahren müssen die erbschaftsteuerrechtlichen Freibeträge entsprechend angepasst sowie Elemente für die Regionalisierung der Steuer eingeführt werden, um die Belastung der Erben zu reduzieren, den Fortbestand von Familienimmobilien zu sichern und den teils erheblichen regionalen Unterschieden Rechnung zu tragen.



BERICHT AUS BERLIN

4. **Aufstockung des KfW-Kreditprogramms:** Neben der Aufstockung sollte zumindest temporär auch Bauen nach dem Energieeffizienzstandard EH 55 gefördert werden.
5. **Anpassung des Förderprogramms „Wohneigentum für Familien“ (WEF):** Dazu gehört die Anhebung der Einkommensgrenze, die Einbeziehung auch des Energieeffizienzstandards EH 55 sowie die Einbeziehung des Kaufs von Bestandsimmobilien. Zudem ergänzt Launert, dass auch bei dem Programm „Jung kauft Alt“ – eigentlich ein guter Ansatz – die Anforderungen wieder völlig überzogen worden sind. Junge Familien, die ein älteres Gebäude erwerben, haben oft nicht die (finanziellen) Möglichkeiten und die Bereitschaft innerhalb von wenigen Jahren alle Sanierungsmaßnahmen durchzuführen. „Derartige umfangreiche Sanierungsmaßnahmen können in der Praxis nur nach und nach durchgeführt werden“, so Launert.
6. **Förderung des erstmaligen Erwerb selbstgenutzter Immobilien insbesondere für Familien mit geringen und mittleren Einkommen:** Hierzu sollen staatlich abgesicherte Mietkaufmodelle entwickelt werden, die Kriterien wie die Anzahl der Kinder, Einkommensverhältnisses sowie Gestaltungsmerkmale wie flexible Grundrisse und Quadratmeterverbrauch pro Kopf berücksichtigen
7. **Ein Belastungsmoratorium für Kostensenkungen:** Bis Ende 2027 dürfen keine neuen Vorschriften erlassen werden, die das Bauen unnötig verteuern oder verlangsamen.
8. **Sinnvolle energetische Standards setzen:** Für den Neubau darf im Gebäudeenergiegesetz maximal der EH-55-Standard gelten.
9. **Vereinfachung und Digitalisierung von Baugenehmigungsverfahren:** Die Prozesse müssen weiter vereinfacht und digitalisiert werden, um Genehmigungen schneller und effizienter zu erteilen.

Hinweis: Der Antrag der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag ist abrufbar unter <https://dserver.bundestag.btg/btd/20/085/2008523.pdf>.

Dr. Silke Launert begrüßt Friedrich Merz als Kanzlerkandidaten der Union

Die Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert hat sich nach der Nominierung von Friedrich Merz zum Kanzlerkandidaten der Union klar positioniert. „Die Entscheidung ist gefallen, Kanzlerkandidat der Union wird Friedrich Merz“, erklärt sie.

Launert betont, dass sie auch Markus Söder als möglichen Kandidaten sehr gut hätte vorstellen können. „Er beweist es jeden Tag in Bayern, dass er mit Tatkraft ein Land positiv gestalten kann. Es wäre auch schön gewesen, wenn ein Franke mal diese Chance gehabt hätte“, fügt sie hinzu.

Trotzdem zeigt sich Launert überzeugt von Merz: „Er ist erfahren, kann führen und hat es geschafft, die Union zu einen.“ Besonders hebt sie seine Wirtschaftskompetenz hervor, die in der aktuellen Zeit von großer Bedeutung sei. „Die Herausforderungen, die vor uns liegen, sind immens. Daher stehe ich auch mit Überzeugung hinter Friedrich Merz.“

Launert ruft dazu auf, gemeinsam für die Union zu kämpfen und die Bürger von einer zukunftsorientierten Politik zu überzeugen. Ihr Ziel: die Ampelregierung abzulösen. „Es ist an der Zeit, die richtigen Akzente für unser Land zu setzen“, schließt sie.

BERICHT AUS BERLIN

KfW Förderungen für Stadt Bayreuth und Landkreise Bayreuth und Forchheim: 86,4 Millionen Euro für zukunftsweisende Projekte

Bayreuth/Forchheim. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) hat der Stadt Bayreuth, dem Landkreis Bayreuth sowie dem Landkreis Forchheim im ersten Halbjahr 2024 eine bedeutende finanzielle Förderung zugesichert. Insgesamt wurden den Gemeinden Fördermittel in Höhe von **86,4 Millionen Euro** bereitgestellt. Die **Stadt Bayreuth** erhielt dabei eine Förderung von **10 Millionen Euro**, während der **Landkreis Bayreuth** mit **13,5 Millionen Euro** unterstützt wird. Der **Landkreis Forchheim** profitiert von einer besonders umfangreichen Finanzspritze in Höhe von **62,9 Millionen**.

„Ich freue mich sehr über die KfW-Förderung in unseren Landkreisen“, erklärt CSU-Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert. „Dank der Unterstützung können wir Projekte umsetzen, die unsere Region nicht nur lebenswerter, sondern auch zukunftssicher machen.“ Die Mittel ermöglichen Kommunen, insbesondere im Wohnungsbau dringende Maßnahmen zu ergreifen, die langfristige Auswirkungen auf die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger haben.



BERICHT AUS BERLIN

Silke Launert kritisiert Ampel-Koalition für Mängel beim Schutz kritischer Infrastruktur

Berlin. In ihrer Rede im Deutschen Bundestag machte die CSU-Bundestagsabgeordnete und Innenpolitikerin Silke Launert keinen Hehl daraus, was sie von den Maßnahmen der Ampel-Koalition zum Schutz der kritischen Infrastruktur hält: Diese seien völlig unzureichend, urteilte die Abgeordnete und mahnte gleich zu Beginn: **„Wir sind verwundbar, jede und jeder Einzelne von uns – und das nicht nur als Individuen, sondern als Gesellschaft.“** Besonders in Krisenzeiten, wie sie durch den Ukraine-Krieg und die gestiegene Zahl von Cyberangriffen entstanden seien, müsse Deutschland den Schutz lebenswichtiger Infrastrukturen, wie die Wasserversorgung und das Stromnetz, stärker in den Fokus rücken.



Launert erinnerte daran, dass der Schutz der kritischen Infrastruktur eine „reale Bedrohung“ sei, die sich seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine massiv verstärkt habe. In Richtung Bundesregierung richtete die Bayreuther Abgeordnete unmissverständliche Worte: **„Die Zeitenwende gilt nicht nur für den militärischen Schutz, sie gilt auch für den Schutz der Zivilbevölkerung. Und da haben Sie viel zu lange nichts gemacht!“**

Außerdem erinnerte sie daran, dass Bundesinnenministerin Nancy Faeser vor zwei Jahren einen Schwerpunkt auf den Schutz der Infrastruktur angekündigt habe, jedoch seitdem keine nennenswerten Fortschritte erzielt worden seien, insbesondere auch nicht im Hinblick auf die Umsetzung der einschlägigen EU-Richtlinie, deren Umsetzungsfrist am 17. Oktober geendet hatte: **„Obwohl Sie dieses Datum kannten, haben Sie lange nichts gemacht!“**

In ihrer Rede griff die CSU-Abgeordnete überdies auch die finanziellen Planungen der Regierung an: **„400.000 Euro stehen nächstes Jahr für ein so wichtiges Anliegen zur Verfügung. Das ist ein Witz.“** Diese Summe sei, wie sie weiter ausführte, ein Ausdruck der Prioritätensetzung der Regierung, die den Schutz kritischer Infrastruktur offenbar nicht ernst nehme.

BERICHT AUS BERLIN

CDU/CSU-Haushälter treffen sich bei gemeinsamer Klausurtagung



Berlin. Wie jedes Jahr trafen sich die Haushaltspolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bei einer gemeinsamen Klausurtagung der Arbeitsgruppe Haushalt in der letzten Woche der Sommerpause vor dem Beginn der Haushaltsverhandlungen. Damit alle auf den gleichen Stand waren, führten die Berichterstatter und Berichterstatterinnen kurz in ihre verschiedenen Einzelpläne ein. Dabei berichteten sie über die geplanten finanziellen Kürzungen und Erhöhungen in den jeweiligen Bereichen. Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert berichtete ihren Kollegen über den sogenannten Einzelplan 11 des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Dieser umfasst nach aktuellem Stand 179,3 Milliarden Euro und umfasst dabei beispielsweise die staatlichen Leistungen zur gesetzlichen Rentenversicherung sowie das Bürgergelds. Aufgefallen ist den Berichterstattern, dass viele Ansätze gegenüber den Ansätzen des Vorjahres ohne nachvollziehbaren Grund zu niedrig angesetzt waren. Neben der viel zu hohen „Globalminder-Ausgabe“ in Höhe von 12 Milliarden Euro ergab sich bei grober Schätzung eine Unterfinanzierung des Haushalts in Höhe von über 40 Milliarden Euro. Die aktuelle schlechte wirtschaftliche Entwicklung mit Mindereinnahmen war dabei noch nicht einmal berücksichtigt. Die Haushälter waren sich einig, dass dieses Verhalten absolut unseriös und im Widerspruch zu den Grundsätzen der Haushaltsklarheit und Wahrheit ist. Zudem fordern sie zur Lösung der Haushaltsprobleme folgende Prioritäten:

1. Wirtschaft ankurbeln, um auch die Einnahmen zu erhöhen
2. Bürgergeld abschaffen und zurück zu den Regeln von Hartz 4 um die massiv gestiegenen Ausgaben in diesem Bereich zu senken
3. Reformen bei den Sozialversicherungen einleiten
4. Prioritäten setzen und nicht notwendige Ausgaben begrenzen.

Bezüglich der von der SPD aufgeworfene Frage zur Abschaffung der Schuldenbremse bestand weitgehend Einigkeit darüber, dass durch die Aufnahme von 100 Milliarden Schulden in diesem und nächsten Jahr bereits genug Schulden gemacht werden, bei einem Gesamthaushalt von circa 480 Milliarden Euro. Unverzichtbar ist daher eine andere Politik und nicht immer nur der Ruf nach mehr Schulden, um es dann weiter gießkannenartig auszugeben.

BERICHT AUS BAYERN

Klausurtagung der AG Innen in München

Berlin/München. Für die CSU-Abgeordneten der Arbeitsgemeinschaft „Innen und Heimat“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion war es ein Heimspiel: Die diesjährige Klausurtagung fand nirgendwo anders als im wunderschönen Freistaat Bayern statt. Auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete und Innenpolitikerin Silke Launert, welche die CSU im Innenausschuss des Deutschen Bundestages vertritt, nahm an der zweitägigen Veranstaltung teil.

Die Tagung begann in der CSU-Landesleitung in München. Gemeinsam mit dem bayerischen Innenminister Joachim Herrmann diskutierten die Unionsabgeordneten über zentrale innenpolitische Themen. Im Mittelpunkt des Nachmittags standen entscheidende Fragen zur Inneren Sicherheit: Grenzkontrollen, Polizeirecht und die Ausgestaltung von Kontrollbefugnissen die Anwendung von Gesichtserkennungstechnologien sowie die Frage, ob ein Verbot der AfD sinnvoll und welche Voraussetzungen dafür vorliegen, wurden intensiv besprochen. Staatsminister Herrmann brachte dabei seine Expertise in die Diskussion ein, insbesondere zu den Themen Sicherheit an den Landesgrenzen und den Herausforderungen durch moderne Überwachungstechnologien.

Es entstand eine lebhafte Diskussion, aus welcher die Bundestagsabgeordneten viele Ideen und Anregungen mit nach Berlin nahmen. „Die Innere Sicherheit bleibt eine unserer größten Herausforderungen, und es ist wichtig, dass wir, Bund und Länder, an einem Strang ziehen“, betonte Silke Launert im Anschluss an die Gesprächsrunde und bedankte sich herzlich bei ihrem Parteikollegen Joachim Herrmann für den gewinnbringenden Austausch.

Der zweite Tag der Klausurtagung führte die Abgeordneten nach Donauwörth. Dort besuchten die Innenpolitiker die Firma „Airbus Helicopters GmbH“, ein führendes Unternehmen der Luftfahrtbranche. Nach einer beeindruckenden Werksführung, bei der die hochmodernen Fertigungsprozesse der Hubschrauberherstellung gezeigt wurden, fand ein Austausch mit Dr. Klaus Przemec, dem Geschäftsführer von Airbus Helicopters Deutschland, statt. Themen wie die Bedeutung moderner Helikoptertechnologie für den zivilen und militärischen Einsatz sowie die Sicherheitsanforderungen im Luftverkehr wurden intensiv diskutiert. **„Die Klausurtagung war wieder einmal ein tolles Erlebnis! Sich mal über mehrere Tage abseits des hektischen Alltags im Berliner Parlamentsbetrieb zu Themen austauschen zu können und Zeit miteinander zu verbringen, ist unheimlich wertvoll und schenkt zusätzliche Motivation für unsere Arbeit in Berlin“**, stellte Silke Launert abschließend fest.



Bilder Ina Wagner / Airbus Helicopters



BERICHT AUS BAYERN

Der CSU-Parteitag 2024 in Augsburg

Augsburg. Ganz unter dem Motto „Gemeinsam für Deutschland – stark für Bayern“ fand vom 11. bis 12. Oktober der 91. CSU-Parteitag im bayerischen Augsburg statt. Hier gab die Partei den Startschuss für die Bundestagswahl 2025. Mit einem klaren Ziel: Wir wollen das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zurückgewinnen und unser Land wieder auf den richtigen Kurs bringen. Es zeigte sich, dass die CSU mit ihrer Schwesterpartei CDU fest entschlossen ist, Verantwortung für die Zukunft des Landes zu übernehmen. Die aktuelle Bundesregierung hat Deutschland in eine schwere Krise geführt. Die Ampel ist zerstritten, handlungsunfähig und setzt auf schwache Kompromisse, die den Bürgern teuer zu stehen kommen. Ob Wirtschaft, innere Sicherheit oder Energiepolitik – in allen zentralen Bereichen mangelt es an klaren Konzepten. Die Menschen spüren die Unsicherheit. Die Inflation belastet die Bürger, Unternehmen stehen vor existenziellen Fragen, und die Energieversorgung ist unzuverlässig wie nie zuvor. Parteivorsitzender Markus Söder machte es in seiner Rede deutlich: Die Zeit der Schwäche ist vorbei, es ist Zeit für eine Wende! Die CSU steht für eine klare, mutige Politik, die Probleme beim Namen nennt und Lösungen auf den Tisch legt. Sie kämpft für Wohlstand, Sicherheit und ein starkes Bayern – für ein starkes Deutschland. Es darf kein „Wischwaschi“ mehr geben, keine halben Lösungen. Mit dem Parteiprogramm und einer starken, geeinten Union ist die Partei bereit, nach der Bundestagswahl 2025 Verantwortung zu übernehmen. Die CSU hat klare Prinzipien. Eine Koalition mit den Grünen auf Bundesebene kommt für nicht infrage. Markus Söder hat auf dem Parteitag unmissverständlich klargestellt: „Nein zu Schwarz-Grün!“ Die Grünen vertreten eine Politik, die im Kern nicht mit unseren Werten vereinbar ist. Ebenso unmissverständlich ist ein Nein zum Bündnis Sahra Wagenknecht, denn in dieser Partei sitzen alte Sozialisten und Putin-Versteher mit am Tisch. Eine Zusammenarbeit mit ihnen kommt auf Bundesebene nicht infrage. Deutschland braucht wieder Stabilität, Sicherheit und Verlässlichkeit in der Politik. Mit Friedrich Merz als Kanzlerkandidat und Markus Söder als starkem Partner aus Bayern ist die Union unschlagbar. Unser Ziel ist klar: Olaf Scholz gehört in den Ruhestand, Deutschland braucht eine Regierung, die den Herausforderungen gewachsen ist. Eine Regierung, die aufhört zu streiten und stattdessen endlich liefert!

Zur Abstimmung standen ebenfalls die von Dr. Silke Launert und der Frauenunion eingebrachten Anträge u.a. zur Verbesserung der Rahmenbedingungen in der Kindertagespflege, Anhebung des Basiswertes für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege, Beibehaltung des Personalkostenbonus, Einführung einer Vergütung auch während der zweijährigen Studienphase, Einführung fester Buchungskorridore in Kindertageseinrichtungen, Einschulung Korridorkinder, mehr Plätze für die Hebammenausbildung in Kooperationskliniken, Kostenloses Obst und Gemüse für unter Dreijährige, mehr Schulungen für Erzieherinnen und Erzieher, Verbesserung des Personalschlüssels in Kindertageseinrichtungen sowie die Forderung nach zusätzlichen Mitteln für bauliche Erweiterung. Darüber hinaus kämpfte Silke Launert für einen Verwaltungsbonus.



BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Klausurtagung der FU-Oberfranken in Himmelkron

Himmelkron. Ende September verbrachte die Frauen Union Oberfranken ihre Klausurtagung in Himmelkron im malerischen Fichtelgebirgshof. Mit dabei war auch FU-Bezirksvorsitzende von Oberfranken, Dr. Silke Launert. Zwei Tage berieten sich die Mitglieder und verabschiedeten neue Anträge. Besonders beeindruckt war Dr. Silke Launert von dem Gespräch mit Dr. Kalemba, der neuen Geschäftsführerin der Spielvereinigung Bayreuth sowie mit der jungen Bürgermeisterin Annika Popp aus Leupoldsgrün. Beide betonten, wie wichtig Verständnis und Kommunikation für die Motivation und Führung von Menschen sind. Anschließend wurde das neue Leitmotiv für das kommende Jahr gewählt. Dabei einigten sich die anwesenden FULerinnen auf das Thema der Herausforderungen für Menschen mit Behinderung. Bereits in den letzten Jahren waren die Schwerpunkte jeweils die medizinische Versorgung auf dem Land und die Verbesserung der Kinderbetreuung gewesen. Dazu wurden auch zahlreiche Anträge auf dem CSU-Parteitag entschieden. Dr. Silke Launert hatte dabei elf Anträge gestellt, die von einer Verbesserung der Rahmenbedingungen in der Kindertagespflege bis hin zur Forderung nach mehr Schulungen für Erzieherinnen und Erzieher reichten. Mit dem neuen Schwerpunktthema soll nun die Lebensqualität von Menschen mit Behinderung verbessert werden. Somit war die Klausurtagung ein entschiedener Schritt in Richtung einer inklusiveren Gesellschaft.



BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Beobachtungen zum Wahlkampf in den USA

Bayreuth. Wer macht das Rennen im November und zieht als Nachfolgerin oder Nachfolger von Joe Biden in das Weiße Haus ein? Auch viele Franken beobachten den Wahlkampf im Fernsehen, denn der Ausgang der Wahl kann Auswirkungen auf Deutschland haben. Nicht nur über die Medien, sondern direkt vor Ort konnte der CSU-Bundestagsabgeordnete Thomas Silberhorn die Parteitage der Demokraten und der Republikaner beobachten. Deshalb war er von seiner Kollegin, der CSU-Bundestagsabgeordneten Dr. Silke Launert, eingeladen worden, damit er den Menschen in ihrem Wahlkreis von seinen Erlebnissen berichten konnte. „Ich selbst habe mein Rechtsreferendariat in der deutschen Botschaft in den USA gemacht. Bei dieser Gelegenheit konnte ich die Mentalität und die Stimmung in den USA live erleben“, so Launert. Sie macht sich derzeit viele Gedanken über die Folgen für Europa nach der Wahl in Amerika: „Man darf sich nicht täuschen. Auch die Harris-Regierung wird in der Außenpolitik einen harten Kurs gegenüber Europa fahren. Besonders Deutschland wird in der Außenpolitik zukünftig stärker auf eigenen Beinen stehen müssen.“ Zudem werde in Zukunft von Deutschland ein größerer militärischer Einsatz erwartet – egal, wer in den USA das Rennen machen werde.

Silke Launerts Gast, Thomas Silberhorn, ist schon lange in der Außenpolitik tätig. In diesem Jahr hatte er die Möglichkeit die Union bei den Parteitagen der beiden amerikanischen Parteien zu vertreten. Er war überwältigt von deren Größe, denn die Veranstaltungen wurden von 15- bis 20-tausend Menschen besucht und die Stimmung war besonders. „Wir waren in den letzten Jahren gewissermaßen Trittbrettfahrer: günstige Energie aus Russland, Sicherheit durch die USA. Da müssen wir nun unsere Rolle in der Welt neu finden“, stellte Silberhorn fest. Bei der republikanischen Veranstaltung habe es viele Kampfgeister gegeben – die erhobene Faust, die Donald Trump nach seinem Attentat in Richtung der Kameras streckte. Silberhorn stellte fest, dass diese Parteitage hauptsächlich Inszenierungen sind, ohne politische Inhalte. Die Slogans der Republikaner: We all are Americans, we love America, God bless America. Der Bundestagsabgeordnete konnte feststellen, dass die Republikaner durchaus wissen, dass Trump lügt und Aufmerksamkeit schaffen will. Deshalb nehmen sie nicht alles wörtlich, was er sagt.

Silke Launert ist bewusst, dass die Wahl in den sogenannten „Swingstates“ gewonnen werden wird. Thomas Silberhorn fasste zusammen, was auf Deutschland nach der Wahl zukommen wird: Die Amerikaner seien der Meinung, dass sich die Europäer mehr um sich selbst kümmern müssen. Der Handel werde angespannter, besonders wenn Donald Trump gewinnen sollte. Denn er will Arbeitsplätze aus Deutschland in die USA verlagern. „Wir sind nicht Teil dieser Wahl und müssen mit dem arbeiten, was da rauskommt“, fasste Silberhorn zusammen.

Die Besucher wollten wissen, ob Trump eine Gefahr für die Demokratie sei. Silberhorn beschwichtigte: Trump handle nicht alleine und die USA haben eine lange demokratische Tradition. Auf die Frage, ob Sängerin Taylor Swift Einfluss auf das Wahlergebnis haben könnte, antwortete Silberhorn, dass sich wohl viele Wähler nach ihrem Aufruf für die Demokraten haben registrieren lassen. Einen Besucher interessierte, ob „sowas wie Trump“ auch in Deutschland passieren könne. „In Deutschland wird Politik nie so inszeniert wie in den USA. Aber Polarisierungen funktionieren auch bei uns“, so Silberhorn. Silke Launert freute sich, dass so viele Besucher zur Veranstaltung gekommen waren, denn schließlich sei eine echte Wahl das höchste Gut einer Demokratie.



BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Kreisvertreterversammlung des CSU KV-Forchheim

Wiesental. Der CSU-Kreisvorsitzende Michael Hofmann, MdL lud zur Kreisvertreterversammlung nach Wiesental ein. Neben der Wahl der Delegierten für den Bundeswahlkreis standen vor allem politische Diskussionen mit den Bundestagsabgeordneten Dr. Silke Launert und Thomas Silberhorn auf der Tagesordnung.

Im Zentrum stand hierbei der gescheiterte Migrationsdeal zwischen der Bundesregierung und der Union. Silke Launert berichtete: „Besonders ärgert mich die ideologische Herangehensweise der politischen linken Seite. Die Grünen wollen nichts an der Migrationspolitik ändern. Und jetzt wird die Verantwortlichkeit für das Scheitern eines Kompromisses auf die Union geschoben!“



Die Abgeordnete vermutet, dass der Bundeskanzler das Treffen nur wollte, um die Verantwortung für die Untätigkeit der Ampelregierung der Union zuzuschieben.

Abschließend stellte Launert fest, wie wichtig es ist, dass die CSU bei den kommenden Bundestagswahlen das bestmögliche Ergebnis bekommt, um die Politik der Ampel zu korrigieren und nicht in einer zukünftigen Regierung zu abhängig von SPD oder den Grünen zu sein.

Fachkräfte der Zukunft: Generationenübergreifendes Arbeiten im Fokus von Bayreuther Wirtschaftsempfang



Bischofsgrün. Mitte September veranstalteten die Stadt und der Landkreis Bayreuth einen Wirtschaftsempfang im BLSV-Sportcamp in Bischofsgrün. Der Anlass war die Fachkräftegewinnung in einer sich wandelnden Arbeitswelt und die Zusammenarbeit verschiedener Generationen. Dafür wurde der renommierte Jugendforscher Simon Schnetzer eingeladen, um Einblicke und Lösungsansätze zu teilen.

Schnetzer verdeutlichte in einem Vortrag und einem Kurzworkshop, wie Unternehmen den demografischen Wandel meistern und die Stärken von Babyboomern bis hin zur Generation Alpha in Einklang bringen können. Ziel ist es, generationenübergreifende Teams zu stärken und das Potenzial von Konflikten und Synergien besser zu nutzen. Neben Fachwissen bot der Wirtschaftsempfang auch Gelegenheiten zum Networking in der naturnahen Atmosphäre des Fichtelgebirges.

Teilnehmende können vor dem offiziellen Beginn an einer Seilbahnfahrt auf den Ochsenkopf teilnehmen und sich dabei über aktuelle Entwicklungen am Erlebnisberg informieren. Die Veranstaltung findet im BLSV-Sportcamp statt, das nicht nur durch seine moderne Ausstattung besticht, sondern auch als Treffpunkt für Sportvereine und Teamevents dient. Seit über 75 Jahren fördert der Bayerische Landes-Sportverband den Sport und Gemeinschaftssinn in Bayern – ein idealer Ort, um über generationenübergreifende Zusammenarbeit und Leadership zu diskutieren.



BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Bericht über den jährlichen Austausch mit dem Bayerischen Bauernverband

Bayreuth. Am 2. September 2024 fand ein aufschlussreicher Austausch zwischen den regionalen Mandatsträgern und dem Bayerischen Bauernverband (BBV) in Bayreuth statt. Die Diskussion fokussierte sich auf zentrale Themen, die die Landwirtschaft und den ländlichen Raum betreffen.

Ein wichtiges Thema des Treffens war die Gewährung von Förderungen für landwirtschaftliche Betriebe. Insbesondere wurde das neu eingeführte Schulfach „Schule fürs Leben“ angesprochen, das darauf abzielt, Schüler über nachhaltige Landwirtschaft und Umweltbewusstsein aufzuklären.



Die Teilnehmer erörterten zudem die Herausforderungen der Düngeverordnung, die in rote und gelbe Gebiete unterteilt sind, sowie die allgemein gestiegene Bürokratisierung, die die Landwirte zunehmend belastet. Ein weiterer zentraler Punkt war die Problematik der Ausgleichsflächen, die nach wie vor eine Herausforderung für viele Betriebe darstellen. Des Weiteren wurden die Themen Wolf- und Fischotterentnahmen sowie der ASP-Virus angesprochen, deren Auswirkungen auf die Landwirtschaft nicht zu unterschätzen sind.

Auch die Blauzungenkrankheit und die Impfkampagnen, die zur Bekämpfung dieser Krankheit initiiert wurden, wurden diskutiert. Besonders besorgniserregend ist der Mangel an Ärzten und KiTa-Personal im ländlichen Raum, der laut den Kreisbäuerinnen ein dringendes Problem darstellt. Diese Punkte wurden von den Anwesenden intensiv behandelt und die Stimmen der Betroffenen deutlich gehört.

Insgesamt wurde der Vormittag von den geladenen Abgeordneten als arbeitsreich und informativ beurteilt. Silke Launert bedankte sich bei Herrn Lappe, Frau Seyferth und Herrn Klöppel für die Einladung und hob den großartigen Einsatz der Landwirte hervor, die sich für das Wohl von Mensch, Tier und Umwelt engagieren.

Dieser Austausch zeigt einmal mehr, wie wichtig der Dialog zwischen Politik und Landwirtschaft ist, um gemeinsam Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft zu finden.

BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Förderung der Gigabit-Infrastruktur: Ein großer Schritt für Gräfenberg und Hiltpoltstein



Gräfenberg/Hiltpoltstein. „Die fränkischen Gemeinden Gräfenberg und Hiltpoltstein dürfen sich über eine bedeutende Förderung im Bereich der digitalen Infrastruktur freuen“, so Staatssekretär im bayerischen Finanzministerium Martin Schöffel. Mit einer finanziellen Unterstützung von rund 5,8 Millionen Euro, aufgeteilt in ca. 2,8 Millionen für Hiltpoltstein und ca. 3 Millionen für Gräfenberg, wird durch das bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat ein wesentlicher Schritt in Richtung Moderne und Digitalisierung gemacht.

Die Förderung kommt zu einem optimalen Zeitpunkt, da die steigende Anzahl von Homeoffice-Arbeitsplätzen eine zuverlässige und schnelle Internetverbindung für die Menschen im ländlichen Raum unerlässlich macht. Die Bürgermeisterin Gisela Schulze-Bauer und Ralf Kunzmann haben eng mit dem Finanzministerium und dem Landratsamt zusammengearbeitet, um diese wichtige Unterstützung zu sichern. Auch die zuständigen Abgeordneten aus Land und Bund, darunter der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Fraktion im bayerischen Landtag Michael Hofmann, haben sich aktiv eingesetzt, um die Voraussetzungen für diese Förderung zu schaffen.

„Ich freue mich sehr über diese Entwicklung! Die Gelder sind eine klare Investition in die Zukunft und werden maßgeblich dazu beitragen, die Lebensqualität in unseren Gemeinden zu steigern“, sagte Martin Schöffel.

„In Zeiten, in denen digitale Präsenz und Kommunikation immer wichtiger werden, ist es entscheidend, dass wir die notwendige Infrastruktur bereitstellen.“

Obwohl die Bundesregierung Kürzungen in verschiedenen Bereichen vorgenommen hat, zeigt Bayern mit dieser Initiative, dass das Land sich der Relevanz von Modernität und Digitalisierung bewusst ist und auch in schwierigen Zeiten nachhaltige Lösungen für seine Bürger verfolgt.

Mit dieser Förderung wird nicht nur die technische Infrastruktur ausgebaut, sondern auch ein Signal für die Bedeutung ländlicher Räume im digitalen Zeitalter gesetzt. Sowohl Gräfenberg als auch Hiltpoltstein stehen an einem Wendepunkt, an dem sie nicht nur ihre digitale Anbindung verbessern, sondern auch zukunftsfähige Voraussetzungen für Wirtschaft und Lebensqualität schaffen können.

„Der Weg ist geebnet – jetzt gilt es, die Pläne in die Tat umzusetzen und das volle Potenzial der neuen Technologien auszuschöpfen“, so die Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert, die die Kürzung der Bundesregierung im Bundeshaushalt in diesem Bereich bedauerte.

BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Kreuzer Kerwa in Bayreuth



Bayreuth. Ende August fand die Kreuzer Kerwa in Bayreuth statt. Dabei handelt es sich um die letzte verbliebene Zeltkerwa in Bayreuth auf dem Gelände des SC Kreuz. Die Veranstaltung zog wieder einmal drei Tage lang Einheimische und Besucher aus der Umgebung an. Dieses Jahr war auch der Bayerische Ministerpräsident Dr. Markus Söder beim Politischen Frühschoppen der CSU Kreisverbände Bayreuth-Stadt und Bayreuth-Land im Festzelt mit dabei. Er nutzte seine Rede für eine Standortbestimmung zu zahlreichen Themen wie Migration, Bürgergeld, christliches Menschenbild, Gesundheit usw. Die 2000 Gäste waren von der Rede begeistert, spendeten minutenlang Applaus und nutzen danach die Gelegenheit für ein Selfie mit dem Ministerpräsidenten.

Wichtiger Austausch mit Nina Hauenstein



Bayreuth. Ende August traf sich Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert mit Nina Hauenstein, Bereichsleiterin der Frühförderstelle „Hilfe für das behinderte Kind“ in Bayreuth. Bereits vor zwei Jahren hatten sie beschlossen, in Kontakt zu bleiben und in Zukunft erneut zusammenzukommen. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen Fragen zum neuen Bundesteilhabegesetz, das auch die Frühförderstellen in Bayern betrifft. Diese Einrichtungen leisten entscheidende Arbeit für Kinder mit körperlichen, geistigen und sozialen Beeinträchtigungen. Gleichzeitig tragen sie dazu bei, Spätfolgen zu vermeiden. In ihrem Gespräch betonten die beiden, dass Kinder die Zukunft sind und individuelle Unterstützungen benötigen, um gesund aufzuwachsen.

Als Bezirksvorsitzende der FU-Oberfranken und ehemalige Familienpolitikerin kündigte Silke Launert an, mehrere Anträge an den Parteitag zu richten, welche sich mit dem Thema auseinandersetzen. Dazu gehören die Verbesserung der Rahmenbedingungen in Kindertageseinrichtungen sowie die Anhebung des Basiswertes für diese Einrichtungen. Auch die Kindertagespflege soll optimiert werden, um die Qualität der Betreuung zu steigern. Für mehr Planungssicherheit brauche es feste Buchungskorridore. Zudem ist die Beibehaltung des Personalkostenbonus notwendig. All diese Forderungen würde sie am nächsten Parteitag stellen. Dieses Treffen zeigte wieder einmal, wie wichtig der regelmäßige Austausch zwischen Fachkräften und Politikern ist. Zudem kündigte Launert an, sie plane den Bereich Menschen mit Behinderung zum Schwerpunkt ihrer Arbeit bei Frauen Union Oberfranken im nächsten Jahr zu machen.

BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Festival der jungen Künstler in Bayreuth



Bayreuth. Auch in diesem Jahr fand wieder das jährliche Musikfestival der jungen Künstler in Bayreuth statt. Ein Jahr vor dem Jubiläum, lautete das Motto „Zukunft“. Mehrere Tage lang wurden verschiedene Konzerte, Workshops und Events angeboten, welche die Besucher besichtigen konnten. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand der Austausch und der Dialog zwischen Musikern aus der ganzen Welt. Junge Menschen unter anderem aus Serbien, Schweden, Mexiko und Bolivien waren angereist, um das Festival gemeinsam zu veranstalten. Es ging dabei nicht nur um die bloße Präsentation von Kunst und Kultur, sondern um die aktuellen Herausforderungen liberaler Demokratien und gesellschaftliche Polarisierung. Auch der Bayreuther Oberbürgermeister Thomas Ebersberger, Landtagsabgeordneter Franc Dierl und Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert waren bei der Eröffnung dabei. Sie zeigten beide ihre Begeisterung für das Festival und erklärten, dass Bayreuth einiges zu bieten hätte.

Mit dem Flieger hoch hinaus!

Pegnitz. Der Flugsportverein Pegnitz lud nach zwei Jahren Pause wieder einmal zu seiner Fliegerkerwa ein. Mit gemeinsamen Rundflügen über Pegnitz und die Region lockten sie dabei zahlreiche Besucher auf ihrem Flugsportplatz am Zipser Berg ein. Auch Bayreuther Bundestagsabgeordnete flog gemeinsam mit dem Piloten Helmut Meyer eine Runde über die Fränkische Schweiz. „Von hier oben sieht alles so klein aus“, staunte sie und freute sich sehr über die Möglichkeit. Von Weißwurstfrühstück bis Tombola war auch neben den Mitflügen vieles geboten. Die Fliegerkerwa war somit nicht nur ein Fest für Flugbegeisterte, sondern ein gelungenes Ereignis für Jedermann.



BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Das größte Volksfest der Region in Forchheim



Forchheim. Forchheim feierte in diesem Jahr wieder sein traditionelles Annafest, welches alle zwei Jahre stattfindet. Vom Ende Juli bis Anfang August erlebten Besucher aus nah und fern ein Fest mit vielen Attraktionen. Mit 28 Fahrgeschäften, zahlreichen Buden, einem Riesenrad und dem berühmten Kellerwald ist das Annafest eines der größten Volksfeste der Region. Die Vielfalt des Festes zog daher zahlreiche Gäste, darunter auch die CSU-Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert an. Gemeinsam mit der Frauenunion Oberfranken verbrachten sie einen erlebnisreichen Tag. Ein besonderes Highlight des Annafestes sind die Brauereien, die sich präsentieren und ihre Bierspezialitäten anbieten. Der Biergarten, bekannt als der „Keller“, ist ein beliebter Treffpunkt, wo es Bratwurst, Bier und Fisch gab. Die Bräuerin und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CSU Forchheim, Martina Hebandanz, lud die Gruppe zu einem traditionellen Hebandanz ein. Dies war nicht nur eine Gelegenheit, regionale Braukunst zu feiern, sondern auch ein wichtiger Austausch von Frauenunion, Junge Union, Vertreter der CSU mit Gewerbetreibenden und Menschen vor Ort.

Besuch bei Kennametal



Mistelgau. Im Wahlkreis von CSU-Bundestagsabgeordnete Silke Launert gibt es zwei Niederlassungen des Unternehmens Kennametal – in Mistelgau und in Ebermannstadt. Vor 85 Jahren gründete der Metallurge und Pionier in der Werkstoffwissenschaft Philip McKenna die Firma, die mittlerweile Kunden in der ganzen Welt in den Bereichen Luft- und Raumfahrt, Transportwesen, Energietechnik und dem Bausektor unterstützt. Begonnen hat das Unternehmen mit 12 Mitarbeitern und beschäftigt jetzt weltweit etwa 8.700 Menschen. Anfang September besuchte Silke Launert die Niederlassung in Mistelgau, einer von sieben bayerischen Standorten des global agierenden Industriekonzerns. Hier werden Werkzeuge und Vorprodukte hergestellt, die direkt an industrielle Endkunden aus unterschiedlichsten Marktsegmenten geliefert werden. Dabei handelt es sich beispielsweise um Metallgrundkörper für Bohrer oder Patronen. Kennametal brachte 2014 20 neue Produkte auf den Markt und erhielt 125 Patente. Somit kommt das Unternehmen auf 1.820 aktive Patente weltweit.



@silkelauert



@launertsilke



www.silke-launert.de

BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Silke Launert besuchte die Gemeinde Mistelgau

Mistelgau. „Wir sind jetzt Weinanbaugebiet!“ Mit diesem Scherz begrüßte Bürgermeister Karl Lappe die CSU-Bundestagsabgeordnete Silke Launert, den CSU-Landtagsabgeordneten Franc Dierl, Kreisbäuerin Angelika Seyferth und CSU-Ortsvorsitzenden Heinrich Richter im Rathaus in Mistelgau. Danach kam er gleich auf die Themen zu sprechen, die er seinen Gästen nahebringen wollte. Eines war für ihn der Zensus, der nach der Volkszählung 2022 Bevölkerungs- und Wohnungszahlen für Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und die Allgemeinheit liefert. Silke Launert wollte dazu Details wissen. „Warum eigentlich diese Umfrage? Wir haben doch alle Daten da. Und unsere Daten werden ständig aktualisiert“, so Lappe, der Katja Bayerlein vom Einwohnermeldeamt in Mistelgau dazu holte. Diese zählte auf, welche Daten der Gemeinde zur Verfügung stehen: „Wir haben fast alles. Nur nicht Ausbildung, Beruf oder Einkommen.“ Silke Launert stellte fest: „Zensus ist ja nur geschätzt.“ Und Lappe erwiderte: „Genau. Aber aufgrund dieser Zahlen erhalten wir Schlüsselzuweisungen.“ Silke Launert war überrascht: „Eure Schlüsselzuweisungen werden gekürzt aufgrund von Zensus?“ Der Bürgermeister nickte. Er wünscht sich hier eine Vereinfachung und Verbesserung. Franc Dierl stellte sich ein Tool vor, in dem alle Daten von verschiedenen Stellen zusammengeführt werden. „Das könnte ein Problem mit dem Datenschutz geben“, gab Launert zu bedenken.



Lappe hatte noch einige Landtagsthemen vorbereitet: „Wer frühzeitig seine Hausaufgaben macht, hat jetzt Förderprobleme“, trug er unter anderem vor. Er erklärte, dass bereits in den 1980er Jahren die Ortsteile von Mistelgau kanalisiert worden waren und mit einer Kläranlage verbunden sind. „Wenn wir jetzt in den Abwasserbereich wollen, bekommen wir kein RZWas, weil das so lange zurückliegt“, monierte Lappe. RZWas sind die Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben der Sanierung kommunaler Trink- und Abwasseranlagen. „Schließlich haben wir damals etwas für die Umwelt geleistet und frühzeitig mit dem Kanalbau begonnen. Jetzt schauen wir in die Röhre“, stellte der Bürgermeister fest. Außerdem fragte er nach dem Wassercent und erinnerte daran, dass durch die Schaffung von Ausgleichsflächen Bauplätze teurer werden. Zudem sei der Aufwand für die Beantragung von Städtebauförderung und Dorferneuerung sehr hoch. „Könnte man da nicht über eine Investitionspauschale nachdenken? Da könnte eine Gemeinde dann entsprechend investieren“, fragte der Bürgermeister nach. Silke Launert und Franc Dierl nahmen die Anregungen auf und bedankten sich für das offene Gespräch.



BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Erster Besuch von Silke Launert im neuen Rathaus von Ahorntal

Kirchahorn. Voller Stolz präsentierte Bürgermeister Florian Questel der Bayreuther Bundestagsabgeordneten Silke Launert Anfang September sein neues Büro mit wunderschönem Ausblick im neuen Rathaus in Kirchahorn. Gemeinsam mit dem CSU-Landtagsabgeordneten Franc Dierl war Launert nach Kirchahorn gekommen, um sich über aktuelle Themen aus der Gemeinde zu informieren, insbesondere über den Neubau des Rathauses. Zum Hintergrund: Seit 2017 musste die Gemeindeverwaltung in einer Containeranlage arbeiten, weil das alte Rathaus stark mit Schadstoffen belastet war. Zum Zeitpunkt des Besuches befand sich Questels Arbeitsplatz noch in einem beengten Raum in einem Container. „Der Vorteil hier ist allerdings, dass Kinder an die Fensterscheibe klopfen können und ich ihnen dann Süßigkeiten herausreichen kann. Das geht im ersten Stock im Neubau nicht mehr“, scherzte Questel und wies auf eine weitere Besonderheit des Bauprojekts hin: Das Vorhaben hat sich nämlich im Laufe der Zeit zu einem echten Gemeinschaftsprojekt entwickelt. Zahlreiche Ideen unterschiedlicher Gemeindemitglieder sind in die Pläne eingeflossen und auch umgesetzt worden. Darüber hinaus fügte der Bürgermeister an, dass im konkreten Fall nur eine einzige Ausschreibung nötig gewesen sei, da es keine Zuschüsse von Bund und Land gegeben habe.

Ein weiteres Thema des Besuches war die neue Grundsteuer. Dietmar Linhardt, der Gemeindekämmerer, betonte die damit verbundenen großen Herausforderungen für die Kommune. Darüber hinaus merkte Lindhardt an, dass die Anforderungen bei vielen Förderprogrammen viel zu kompliziert ausgestaltet seien und so sinnvolle Projekte der Gemeinde unnötig verteuern würden. Zudem, so der Kämmerer weiter, würde er sich mehr Förderung beim Straßenbau und Radwegeausbau wünschen. Zum Abschluss des Besuches bedankten sich Launert und Dierl für den herzlichen Empfang und versprachen, die angesprochenen Punkte mit nach Berlin beziehungsweise München zu nehmen.

Kurze Zeit später war es dann so weit: Das neue Rathaus wurde feierlich zusammen mit zahlreichen Besuchern und Ehrengästen, die sich ins Goldene Buch der Stadt eintragen durften, eingeweiht.



BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Jubiläum Midananna und Einweihung Pumptrack



Warmensteinach. Der Verein Midananna feierte 20-jähriges Jubiläum. Um diesem Anlass gebührend zu feiern hat der Verein das Jubiläum mit der Einweihung des neuen Sporttreffs mit Pumptrack und Bocciabahn verbunden.

Auch die Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert ließ sich die Gelegenheit nicht nehmen, dem Verein herzlich zum Jubiläum zu gratulieren: „Midananna ist ein super Verein. Erst vor wenigen Monaten war ich bei „Rock im Kurpark“ und jetzt haben die engagierten Helfer wieder ein neues Projekt umgesetzt. Der Staat kann nicht immer alles organisieren und vor allem bezahlen. Midananna ist in vielen Bereichen aktiv, ob durch ihre Saftbar, den Jugendtreff oder die Instandhaltung der Mitfahrbänkla und der Wellnessliegen in Warmensteinach. Besonders freut mich auch, dass der Pumptrack auch durch Bundesmittel aus dem Programm „Demokratie leben“ mitfinanziert wird. In solchen Projekten sind die Gelder wirklich sinnvoll investiert. Zumal hier viele Ideen eingeflossen sind, um die Kosten insgesamt möglichst gering zu halten.“

Gelungene Premiere der Bayreuther Baroque-Festspiele mit Ifigenia in Aulide



Bayreuth. Die Bayreuther Baroque-Festspiele feierten ihre Premiere mit der Oper Ifigenia in Aulide von Nicola Antonio Porpora. Das beeindruckende Auftaktstück begeisterte mit herausragenden Sängerinnen und Sängern, einem Orchester und einer modernen Inszenierung. Dabei brillierte Max Emanuel Cencic nicht nur gesanglich, sondern auch als Regisseur der Aufführung, welches er mit Bravour meisterte. Silke Launert war begeistert über die gelungene Aufführung. Ein großer Dank gilt dabei allen Mitwirkenden, die diesen Erfolg erst möglich machen. „Unser tolles Opernhaus wird über diese Festspiele belebt und ist weltweit bekannt.“



BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

225 Jahre Krumpholz!



Grafengehaig. Im Jahr 1799 gründete die Familie Krumpholz eine Firma für die Herstellung von Gartengeräten. Heute, 225 Jahre später, ist sie in siebter Generation immer noch in der Hand der Familie. Nun arbeitet Großvater Georg gemeinsam mit seinem Sohn Claus und seiner Frau Elke sowie seinem Enkel Claus Georg im Familienbetrieb. Über Jahrhunderte hinweg hat sich die Firma einen hervorragenden Ruf für Geräte der höchsten Qualität erarbeitet, die auch international sehr geschätzt werden. Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert freute sich daher sehr über die Einladung zur Jubiläumsfeier. Sie hob ihre Begeisterung für die Tradition hervor, welche von der Familie über Generationen hinweg weitergeführt werde. In Vergangenheit hätten sie bereits viele Hürden gemeistert. Dabei spielte sie vor allem auf die Corona-Pandemie an, aber auch auf die derzeitige Krise aufgrund hoher bürokratischer Auflagen und Steuern. Gemeinsam hätten sie auch Hürden wie die Corona-Pandemie erfolgreich gemeistert. „Aber wie ich auch weiß, wünscht ihr Euch mehr Unterstützung. Es scheinen nicht alle begriffen zu haben, dass es unsere mittelständischen Unternehmen sind, die unsere Wirtschaft tragen! Sie schaffen Arbeitsplätze, sie sorgen für Wohlstand und sie sorgen dafür, dass wir uns einen starken Sozialstaat überhaupt leisten können“, betonte sie.

BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Gemeindebesuch in Aufseß

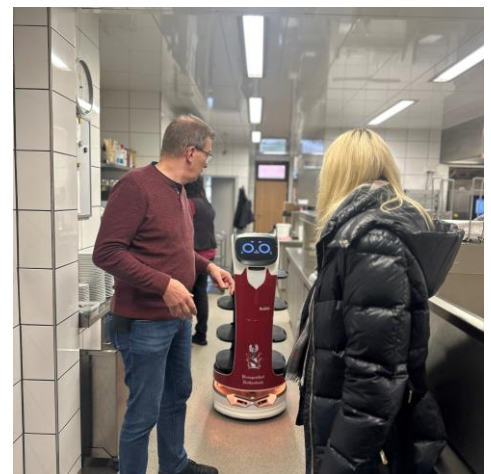


Aufseß. Bei einem weiteren Gemeindebesuch der Bundestagsabgeordneten Dr. Silke Launert in Aufseß konnte sie wertvolle Einblicke in die lokalen Herausforderungen aber auch Chancen gewinnen.

Zunächst besichtigte Launert gemeinsam mit 1. Bürgermeister Alexander Schrüfer, 2. Bürgermeister Ernst Rothenbach, 3. Bürgermeister Florian Stenglein und Gemeinderat Adalbert Söhnlein, den Brauereigasthof Rothenbach, einen zentralen Anlaufpunkt für Touristen und Wanderer in der Region. Ernst Rothenbach konnte einen umfassenden Einblick in das seit 1823 bestehenden Familienbetrieb geben. Ein Hauptproblem ist die Gewinnung von Arbeitskräften. Deshalb sei eine Änderung der Arbeitszeitenregelung dringend erforderlich. Rationalisierung und Automatisierung sind daher Strategien, mit denen Rothenbach sein Unternehmen in die Zukunft führen will. Vorgeführt wurde „Robbi“, ein Roboter, der das Personal entlastet und sogar fränkisch spricht. Einen Schwerpunkt bei dem anschließenden Gespräch bildeten die kommunalpolitischen Themen, wie der Gemeindehaushalt, Bauvorhaben, ansässige Unternehmen, sowie Herausforderungen der Gemeinde.

Als letzter Programmpunkt stand der Besuch von ADM Erich Ziegler. Die Firma kombiniert in einzigartiger Weise traditionelles Handwerk, moderne Technologie und Innovation im Bereich der Lebensmittelproduktion und Aromaherstellung. Seine Wurzeln hat das Unternehmen in der 1902 gegründeten Erich Ziegler GmbH. 2015 wurde das Unternehmen vom amerikanischen Großkonzern ADM übernommen, das Aromen und Geschmackstoffe herstellt, die in zahlreichen Lebensmitteln und Getränken zum Einsatz kommen. Der Standort Aufseß ist einer von 750 weltweit und spielt eine zentrale Rolle bei der Destillation und Verarbeitung von Zitrusfrüchten, wobei moderne Technologien zur Isolation einzelner Aromastoffe genutzt werden. Diese Bausteine werden dann zur Weiterverarbeitung an Kunden in Europa, Nordamerika und Asien geliefert. Besonders beeindruckt zeigte sich die Bundestagsabgeordnete während des Besuchs von den technologischen Verfahren und dem Einfluss des „oberfränkischen Know-how“ auf den Weltmarkt.

Besonders wichtig für die Region ist die Firma auch als ständig am Standort investierender Arbeitgeber für Chemielaboranten und Fachkräfte für Lebensmitteltechnologie mit großem Einzugsgebiet, das Bayreuth, Bamberg, Forchheim sowie Kulmbach einschließt. Jedoch wurde auch bei diesem Gespräch betont, dass es schwierig sei geeignete Bewerber zu gewinnen.



BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Tag der deutschen Einheit in Pegnitz



Pegnitz. Am 3. Oktober lud der CSU-Ortsverband Pegnitz zum Tag der Deutschen Einheit ein. Traditionell fand die Veranstaltung unter der „Einheitslinde“ am Wiesweiher statt. Mit dabei waren auch Landtagsabgeordneter Franc Dierl und Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert. Nach einem kurzen Gottesdienst gingen die Gäste zum gemeinsamen Weißwurstfrühstück in das Café Bär weiter. Dort informierten die beiden Politiker Dierl und Launert über aktuelle Ereignisse aus München und Berlin. Themen waren dabei unter anderem der Bundeshaushalt und die Migration.



Ein Stück Geschichte in Mödlareuth



Mödlareuth. Im Anschluss fuhr der Kreisverband CSU Bayreuth-Stadt und Bayreuth-Land gemeinsam mit dem Bus zum Deutschlandfest der CSU-Oberfranken in das kleine Dorf Mödlareuth an der bayerisch-thüringischen Grenze. Das Dorf war bis 1990 Ausdruck der deutschen Teilung. Ein Teil der Gemeinde stand in Thüringen und gehörte somit der sowjetischen Besatzungszone und später der DDR an, während der andere Teil in die amerikanische Zone und zur Bundesrepublik gehörte. Somit ein geschichtsträchtiger Ort, der sich zu besuchen lohnt. Die beiden Kreisverbände entschlossen sich zu der Bustour, um ein starkes Zeichen für die demokratischen Grundwerte und die Bedeutung der Wiedervereinigung zu setzen und um den CSU-Bezirksverband, der seit Jahren das Fest organisiert, zu unterstützen. In den letzten Jahren kam es neben der CSU-Veranstaltung zu zahlreichen AfD-Gegendemonstrationen. Auch der Bayerische Innenminister Joachim Herrmann war an diesem Tag nach Mödlareuth gereist. In aktuellen Zeiten rief er auf, die Demokratie von allen Seiten zu schützen. Sowohl von links als auch von rechts. Er appellierte: „Ja, wir wollen für die weitere Entwicklung unserer freiheitlichen Demokratie kämpfen und sie nicht Deutschlandhassern und Europafeinden überlassen!“

BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Gemeindebesuch in Goldkronach

Goldkronach. Die Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert und ihr Kollege aus dem Landtag Franc Dierl trafen sich zum gemeinsamen Gemeindebesuch mit dem Bürgermeister Holger Bär, dem stellvertretenden Bürgermeister Wieland Pietsch, dem stellvertretenden Landrat Klaus Bauer, Klaus Rieß und seinen Sohn Heinz Rieß im Goldkronacher Rathaus. Die anwesenden Vertreter der Stadt machten folgende Probleme deutlich: Die Kommunen haben ein immer größer werdendes Problem mit der Integration von Geflüchteten, besonders die Vermittlung von Sprachkenntnissen stellt hierbei auch in der Schule, eine enorme Belastung dar. Zusätzlich hat die Stadt ein Problem mit der Auszahlung der RZWas-Förderung und mit dem Denkmalschutz.

Die Bundestagsabgeordnete äußerte sich hierzu: „Der Bund lässt die Kommunen mit der Aufgabe der Integration weitestgehend allein. Man kann nicht einfach immer mehr Menschen aufnehmen und die Probleme dann an die Kommunen schieben! So schafft man Überforderung und schürt Unmut in der Bevölkerung.“

Im Anschluss an das Gespräch im Rathaus wurde noch ein Unternehmensbesuch bei der Firma HBK-Metallbearbeitung und ein Besuch beim Goldbergbaumuseum unternommen.



BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

20 Jahre Tafel Bayreuth!



Bayreuth. Mitte Oktober feierte die Tafel in Bayreuth ihr 20-jähriges Jubiläum. Seit nun zwei Jahrzehnten hilft die Organisation Menschen in schwierigen Lebenssituationen. Durch ihre Ausgabe von Lebensmitteln an Bedürftige ist die Tafel eine wichtige Unterstützung für die Region. Ehrenamtliche Helfer leisten damit einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Gesellschaft. Auf Einladung der Vorsitzenden Ingrid Heinritz-Martin versammelten sich daher die Gäste in der Erlöserkirche in Bayreuth. Mit dabei war auch die Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert. Sie betonte dabei vor allem die Bedeutung von ehrenamtlichen Organisationen und dankte allen: „Ich danke allen Helferinnen und Helfern und Unterstützern der Tafel. So kann die Gesellschaft funktionieren!“

Politisches Frühshoppen mit Staatssekretär Martin Schöffel

Weidenberg. Anfang August organisierte der CSU-Ortsverband Weidenberg unter der Ortsvorsitzenden Dr. Cornelia Angerer-Daum zum 50. Mal das Frühshoppen im Pensenhof in Lankendorf. Der Einladung waren auch der Staatssekretär im Bayerischen Finanzministerium Martin Schöffel und die Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert gefolgt. Während eines leckeren Weißwurstfrühstücks wurden politische Themen diskutiert. Im Mittelpunkt standen aktuelle Herausforderungen der Landes- und Bundespolitik, darunter Finanzierungsfragen und Förderprogramme für ländliche Regionen. Zudem ehrte die CSU langjährige Mitglieder für ihre Treue und ihr Engagement im Ortsverband, was für eine feierliche Stimmung sorgte. Die Gäste hatten Gelegenheit, sich mit den politischen Vertretern auszutauschen und Anliegen direkt anzusprechen. Die Veranstaltung wurde von den Anwesenden als voller Erfolg empfunden und bot eine wertvolle Gelegenheit zur politischen Vernetzung. Der CSU-Ortsverband freute sich über das rege Interesse und plant, das beliebte Frühshoppen auch in den kommenden Jahren fortzuführen.



BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

5-jähriges Jubiläum von Optiker Hagen



Bayreuth. Am 5. September besuchte Dr. Silke Launert Optiker André Hagen in seinem Laden in Bayreuth um zum 5-jährigen Jubiläum gratulieren. Ein fröhliches, kleines Fest mit Bratwürsten, Getränken und einem Glücksrad, bei dem man schöne Preise und Gutscheine gewinnen konnte. Herzlichen Glückwunsch und auf die nächsten Jahre! „Ich bin gerne spontan vorbeigekommen, weil ich mich freue, wenn Menschen den Mut haben, sich selbstständig zu machen und medizinische Produkte zur Versorgung der Menschen vor Ort anbieten“, so Launert anschließend.

Unterstützung für Bürgermeisterkandidat Jörg Teufel aus Prebitz



Prebitz. Im Rahmen des Bürgermeisterwahlkampfes in Prebitz im Landkreis Bayreuth erhielt Jörg Teufel die eindeutige Unterstützung seiner Kollegen Franc Dierl und Dr. Silke Launert. Sie zeigten sich beeindruckt von Jörgs tiefem Wissen über kommunale Themen und seine aktive Rolle als amtierender Bürgermeister der Gemeinde. Besonders bemerkenswert seien seine ersten Schritte zur Verbesserung der Busanbindung und zur Schaffung von Wohnraum. Er hatte schon öfter in Vergangenheit gezeigt, dass er ein engagierter und zukunftsorientierter Kandidat für das Bürgermeisteramt sei.

Impressum:



Bundestagsbüro
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
silke.launert@bundestag.de
T.: 030/227 79345

Wahlkreisbüro Bayreuth
Eduard-Bayerlein-Str. 5, 95445 Bayreuth
silke.launert.ma02@bundestag.de
T.: 0921/76430 21